

WIRD ZEIT, DASS WIR LEBEN

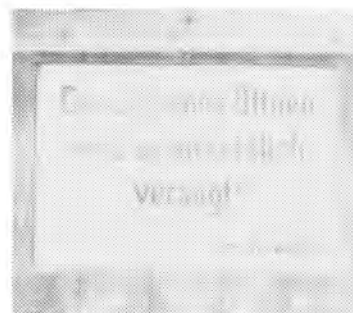
!

WOHNUNGSBAUPOLITIK UND INSTANDBESETZUNGEN





Winterfeldtstr.



Legebatterie der NH
Bülowsstrasse



Neubauten der NH Schwerinstr.

VORWORT

Hausbesetzungen gibt es schon lange, seit Ende der 60er Jahre, in Berlin seit Februar 1979. Zum Thema wurden Hausbesetzungen erst, nachdem die Polizei am 12.12.80 ein kurz zuvor besetztes Haus am Fänkelufer 48 räumte. In der folgenden Nacht gab es, verursacht zum Teil durch die überaus starken Polizeikräfte, die zudem noch mit bisher ungewohnter und ungekannter Härte vorgehen, sowie durch die dagegen teils panisch reagierenden Demonstranten, die schwersten Krawalle seit Jahren. Wir wollen darauf im einzelnen nicht weiter eingehen, sondern dieses Datum und die Ereignisse nennen, da sie Anlaß waren, daß das Thema Wohnungsnot und Hausbesetzungen in dieser Stadt solch ein Gewicht bekommen hat. Über diese Ereignisse kann man im Einzelnen genau in der Dokumentation vom Dezember 1980 nachlesen, welche von einem eigens hierzu gebildeten Ermittlungsausschuß herausgegeben wurde. Unser Bericht soll Hausbesetzung als Ausdruck einer Bewegung darstellen, die nach jahrzehntelanger Mißwirtschaft auf dem Wohnungsmarkt verursacht wurde. Deshalb haben wir dem Bericht ein Kapitel über die wohnungspolitischen Bedingungen und Ursachen vorangestellt und verdeutlichen anhand eines Beispiels die kapitalistischen Grundlagen der Wohnungsbaupolitik in Berlin.

Zum Zweiten geht es uns aber, und hier liegt der Schwerpunkt unserer Arbeit, darum, anhand von einigen ausgewählten Häusern die gesellschaftliche und kulturelle Bedeutung von Hausbesetzungen herauszufinden. Wir versuchten durch persönliches Gespräch mit Besetzern zu erfahren, welche Ansprüche, Gründe und Ziele jeder mit seiner Teilnahme an der Hausbesetzung verbindet. Neben diesen Gesprächen halfen uns auch Flugblätter, Zeitungen und Artikel aus der Hausbesetzerbewegung. Die Quellen werden wir am Ende des Berichtes mit besten Empfehlungen nennen. Zum Abschluß wollen wir nicht verhehlen, daß wir Hausbesetzungen begrüßen, da sie im Gegensatz zu staatlichen Programmen folgendes beinhalten:

- Erhaltung von schönem und billigen Wohnraum
- Selbsthilfe
- Selbstbestimmung

- preiswerte Sanierung ohne Spekulationsgewinne
- Verwirklichung von alternativen Wohn- und Arbeitsprojekten
- Erhalt der gewachsenen Kiezstruktur und der persönlichen Bindung der Anwohner.



Nach dem Krieg war es in Berlin vor-
dringliche Aufgabe, wie auch in an-
deren Städten, in kurzer Frist mög-
lichst viel neuen Wohnraum zu schaf-
fen. Dies geschah einerseits durch
Aufbauen nur teilweise zerstörter
Bauten im sog. Wiederaufbauprogramm,
und andererseits durch das Voran-
treibens des Neubauens. Diese Pro-
gramme liefen zunächst bis in den
Anfang der 60er Jahre. Danach mach-
te man sich daran, den verbesserungs-
bedürftigen Altbaubestand durch sog.
Sanierungsprogramme (ZIP, LaMod und
Strategien für Kreuzberg) komforta-
bler zu gestalten. Statistisch ge-
sehen haben wir deswegen heute 39m²
Wohnraum pro Kopf der Bevölkerung
und 107 Wohnungen auf 100 Haushalte.
Diese Zahlen könnten auf den ersten
Blick leicht über die dennoch nicht
übersehbare Wohnungsnot hinwegtäu-
schen.



zur Kulisse saniert



Ergebnis jahrelangen Leerstandes
Schwerinstr.

Ein Hauptpunkt, der diese
Statistik in ein richtiges Licht
rückt, ist der offensichtliche Man-
gel an preiswertem Wohnraum, erst
recht, wenn man bedenkt, daß in Ber-
lin 52 % der Haushalte 1-Personen-
Haushalte sind. Gerade in den klas-
sischen Billig-Wohnbezirken wie Kreuz-
berg, Neukölln, Moabit und Wedding
aber griffen die Sanierungsprogram-
me und mit ihnen eine Unzahl von
Spekulanten und Spekulationsfirmen
am stärksten ein. Darunter waren auch
senats- und gewerkschaftseigene
Firmen.

Das soziale Gefüge, welches in 50
oder mehr Jahren gewachsen war, wur-
de durch die Kahlschlag-Sanierungs-
politik zerrissen, die Menschen in
eigens dafür erbaute Trabantsied-
lungen der eiskalten -Art verfracht-
et (Märk. Viertel, Gropiusstadt, Britz)
Handwerksbetriebe, Kleinbetriebe und
Läden wurden schlicht wegsaniert,
die Supermärkte hielten Einzug. So
geschehen in Kreuzberg am Cottbus-
er Tor (Neues Kreuzberger Zentrum).
Lebensqualität und das, was man
Kiez nennt, wurden abgeschafft.



ein normal instandgehaltenes Mietshaus
Froben- Ecke Winterfeldtstr.

Die noch verbliebenen Einwohner, die Zuschauer eines einzigartigen, politischen und städtebaulichen Schauspiels wurden, verloren mehr und mehr das Vertrauen in Verwaltung und Politik. Bürgerkritik wurde auf folgende Art abgewürgt: "So mancher meint heute, es ginge nicht so sehr um die Beseitigung baulicher Mißstände mit den Mitteln einer für den Städtebau verantwortlichen staatlichen oder kommunalen Verwaltung, sondern vielmehr um die Erhaltung vorhandener sozialen Strukturen, weil jede gezielte Veränderung dieser Strukturen um eines städtebaulichen Zieles willen für den betroffenen Bürger die sozialen Bindungen abbauende also zerstörende Kräfte zur Entfaltung bringen. Diese Kritik an der bisherigen Sanierungspolitik gebärdet sich dabei materiell seelsorgerisch und formal rätedemokratisch, weil sie die durchzuführenden Maßnahmen an den Konsens der unmittelbar Betroffenen angeknüpft wissen will. Die Berliner Sanierungskonzeption geht davon aus, daß Wohnungen in einem jährlichen Umfang von 5000 WE entmietet werden müssen. Dieses Ziel zu erreichen, wird bei den beschriebenen Einflüssen und bei der gegebenen Rechtslage immer schwieriger. Diese Tatsache ist nicht zuletzt auf die erwähnten, durchaus politisch motivierten Aktivitäten der neudeutschen Weltverbesserer zurückzuführen. Die Situation wird dadurch noch komplizierter, daß mit weltanschaulichem Eifer die Forderung erhoben wird, vor der Festlegung von Bebauungsplänen den Sozialplan für das jeweils geplante Gebiet fertigzustellen." (Abt.leiter beim SenBauWohn im Bauhandbuch 74)

Da zwischen Beginn des Sanierungsverfahrens und der tatsächlichen Sanierung oft mehrere Jahre vergehen, werden die dennoch entmieteten Häuser mit allen Folgen leerstehen gelassen oder einfach an gesellschaftliche Randgruppen vermietet, von denen man glaubt, sie würden sowieso nur kurz bleiben und auch keinen Widerstand leisten (so geschehen durch die NH in der Kulmer str.)

VIII. 3. Zweckentfremdung

Zweckentfremdung von Wohnungen ist die Nutzung von Wohnraum zu anderen Zwecken, wie zum Beispiel eine Umwandlung in Gewerberaum oder der Abbruch von Wohnhäusern. (650)

Zweckentfremdung von Wohnraum verknüpft das Angebot von Wohnraum. Deshalb sind alle Mieter aufgefordert, mitzuhelfen, die Zweckentfremdung von Wohnraum zu unterbinden. (651)

a)

Ziel des Verbots der Zweckentfremdung von Wohnraum

Viele Vermieter sind bestrebt, einen maximalen Gewinn aus ihren Wohnungen herauszuholen. Ein in der Vergangenheit häufig benutztes Mittel dazu war, die Wohnungen ihrem ursprünglichen Zweck als Wohnraum zu entfremden, sei es durch gewerbliche Vermietung, Abbruch oder Vermietung zu Fremdbeherbergung usw. (652)

Auf diese Weise war mehr Gewinn herauszuschlagen, als wenn die Wohnungen an eine Familie vermietet worden wären. (653)

Um die ständige Verknappung von preiswertem Wohnraum zu stoppen, ist seit 1972 die Zweckentfremdung von Wohnungen in vielen Städten, u. a. auch in Berlin, durch eine Verordnung, die sogenannte Zweckentfremdungsverbotsverordnung (ZwVbVO), grundsätzlich verboten worden. Das liegt im Interesse aller Mieter, denn die Zweckentfremdung von Wohnraum in breitem Umfang bedeutet Wohnungsverknappung. (654)

b)

Wann liegt eine Zweckentfremdung von Wohnraum vor?

aa)

Was ist Wohnraum?

Wohnraum ist jeder Raum, der am 3. August 1972 oder später seiner Anlage oder Ausstattung nach zu Wohnzwecken geeignet oder bestimmt war bzw. ist. (655)

bb)

Was ist eine Zweckentfremdung?

Grundsätzlich ist Zweckentfremdung jede Aufhebung der Eignung oder Bestimmung zum Wohnraum; insbesondere fallen darunter

- die Verwendung von Wohnraum zu beruflichen oder gewerblichen Zwecken, die das Wohnen ausschließen,
- der Abbruch oder die sonstige Zerstörung oder bauliche Veränderung, die Wohnraum die Eignung zum Wohnen nehmen,

- die dauernde Fremdbeherbergung, insbesondere die gewerbliche Zimmervermietung oder die Einrichtung von Schlafstellen (d. h. die bloße zur Verfügungstellung einer Schlafgelegenheit),

- das dauernde Leerstehenlassen von Wohnraum, obwohl eine Vermietung oder ein Verkauf möglich wäre. (656)

cc)

Was können Sie tun, um Zweckentfremdung zu unterbinden?

Wenn Ihnen eine Zweckentfremdung, wie sie unter b) beschrieben ist, bekannt wird, dann teilen Sie den von Ihnen festgestellten Sachverhalt dem Amt für Wohnungswesen, Potsdamer Straße 192, 1000 Berlin 30 mit. (657)

Dem Eigentümer des Hauses wird für jede zweckentfremdete Wohnung eine Geldbuße auferlegt. Außerdem muß er den ursprünglichen Zustand wieder herstellen wenn nicht ausnahmsweise die andere Nutzung genehmigt werden kann. (659)

Dadurch verstärken sich ohnehin schon vorhandene soziale Spannungen. Ein Teil der Bevölkerung sah diesem Treiben der Politiker ohnmächtig zu, andere machten sich daran, die eigenen Dinge selbst in die Hand zu nehmen. In diese Zeit, Anfang der 70er Jahre, fallen die Gründungen der ersten Mieterinitiativen und Mieterräte. Diese wehrten sich anfangs konkret gegen Entmietungen ganzer Häuser und boten später auch allgemein ihre Hilfe und Beratung an. Dies wurde umso wichtiger als das Landesausschuss für Wohnungswesen nicht in der Lage schien, ungesetzlicher Machenschaften von Hausbesitzern und Spekulanten Herr zu werden. Teilweise wurden Anfragen von Mietern schon gar nicht mehr beantwortet oder es dauerte zumindest mehrere Wochen. Aus dem Anspruch heraus, daß das Wohnen nur noch von den Mietern selbst gerettet werden konnte, entschloß sich eine Kreuzberger Mieterinitiative im Februar 79 zur ersten Wohnungsbesetzung in Berlin. Danach folgten weitere Besetzungen, nun auch ganzer Häuser. Vor dem 12.12.80 - dieses Datum bedeutet insgesamt gesehen einen gewissen Einschnitt - gab es ca. 30 besetzte Häuser, danach bis Juni 81 ca. 180. In dieser Zeit wurden 41 Besetzungen abgebrochen oder durch Polizeieinsatz, sei es durch "Räumung" oder "Durchsuchung", beendet. Der Widerstand gegen Zugriffe auf besetzte Häuser ist seit dem allerdings wesentlich breiter geworden. Dies geschah auch z.T. dadurch, daß Senat und Polizei trotz aller Be-
teuerung einer sog. "weichen Welle" weiterhin die Besetzer hinhalten und hintergehen oder sogar mit Lügen arbeiten (Goltzstr. 30, Bülow 55, Herrenhuter Weg). Das Vertrauen in die sog. politische Führung ist inzwischen soweit geschwunden, daß man sich selbst von den laufenden Verhandlungen zwischen Mietervertretern, sozialen Organisationen und dem Senat über ein Treuhandmodell nichts mehr verspricht. Zuviel wurde in der letzten Zeit, nicht nur im Wohnbereich, falsch gemacht. Viele Menschen sind inzwischen der Meinung, daß man vieles, was ihnen in den letzten Jahren einfach aus der

Hand genommen wurde, wieder mehr selbstbestimmt machen sollte. Damit ist das ganze Leben mit seiner Kultur, seinem Wohnen, Lernen und Konsumieren gemeint. Um herauszufinden, inwieweit vielleicht die Besetzerbewegung auf einem Weg ist, der zur Veränderung unserer Kultur und Gesellschaft beitragen kann, haben wir uns entschlossen, 3 besetzte Häuser dahingehend zu untersuchen-

Es handelt sich dabei um 2 Häuser in der Schöneberger Winterfeldtstr. und 1 in der Dieffenbachstr. in Kreuzberg.

sog. Sanierung Dennewitzstr.





EINE GANZ NORMALE SANIERUNG: MITTENWALDERSTR. 45

Dieses Haus wurde am 7. Februar von Wohnungssuchenden besetzt, nachdem es ein halbes Jahr leergerstanden hatte. Das Haus ist ziemlich in Ordnung, hat sogar schon Bäder und Doppelfenster. Daß trotzdem noch viel zu tun ist, liegt daran, daß der Hausbesitzer es jahrelang hat verkommen lassen. Warum also wird das Haus nicht instand gesetzt, sondern soll für teures Geld "modernisiert" werden?

Diesen Unterschied zahlt der Senat und zwar 15 Jahre lang. Weil die Miete auch steigt, zahlt er im Schnitt 16,31 DM mal die 852 qm (so viel Mietfläche hat das Haus) mal 12 Monate mal 15 Jahre gleich:

2,5 Millionen!!

Die Miete steigt in der gleichen Zeit auf 7,88 DM/qm ohne besondere Erhöhung. Gegenüber dem jetzigen Zustand (qm-Miete = 3,- DM) haben die Mieter nur den Vorteil eines Aufzugs und einer Zentralheizung, die mindestens dreimal so teuer ist wie die Ofenheizung.

In der APH Mittenwalderstraße haben 15 Kommanditisten 1.150.000,- DM angelegt, alles westdeutsche Großverdiener, davon allein 7 Ärzte. Z.B. Dr. Lechler: Er hat 200.000 DM angelegt (siehe links Auszug aus dem Handelsregister) und kann dafür innerhalb von 15 Jahren 400.000,- DM von seiner Jahressteuer abziehen, 90 % schon während der Bauphase! Bei einem Höchststeuersatz von 56 % spart er also 224.000 DM netto an Steuern. Stattdessen ist er Hausbesitzer geworden und kann einen Teil der späteren Mieteinnahmen kassieren.

Während die lohnabhängige Bevölkerung über die Lohnsteuer-Progression und die indirekten Steuern (Tabak, Benzin) immer mehr geschröpft wird, schenkt der Staat diesen 15 Großverdienern

4,2 Millionen!

DIE GESELLSCHAFT

Sie nennt sich Alfons Prinz von Hohenlohe Projektgesellschaft für Hausbesitz. Die Geschäfte führt ein Herr Lücke, der diesen Job noch in 18 weiteren Häusern ausübt. Im Hintergrund hält sich der Millionär Porsch, seit Jahrzehnten im Geschäft mit der profitablen Verarbeitung von Miethäusern, mitverantwortlich für die massenweise Vernichtung von billigem Wohnraum und die Vertreibung von Mietern in die Randbezirke.

Amtsgericht Charlottenburg		1972
1. Name APH Projektgesellschaft (für die Gesellschaft) 2. Gegenstand des Unternehmens (des sonstigen Zwecks)	Gesellschaftsform Festlich beherrschte Gesellschaft Vorstand Alfred Lücke	
a) APH Projektgesellschaft für Hausbesitz mbH & Co. Mittenwalder Straße 45 KG Sitz Berlin	APH Projektgesellschaft für Hausbesitz mit beschränkter Haftung, Sitz Berlin	
b) Berlin	Alle Kommanditisten sind mit folgenden Einlagen in die Gesellschaft eingetreten:	
7) Pechert Dr. Fritz Peter Groß, Stuttgart,	100.000,- DM	a) 8. Mai 1960 in. f. d. d.:
8) Arzt Dr. Hans-Erhard Ledusch, Ludwigshafen,	25.000,- DM	
9) Kaufmann Klaus Blasche, Stuttgart,	100.000,- DM	
10) Kaufmann Richard Sackmann, Schenkelzell,	25.000,- DM	
11) Universitäts-Professor Prof. Dr. Josef Hammerkamp, Münster,	50.000,- DM	
12) Pechert Dr. Walther Lechler, Hannover-Burgholz,	200.000,- DM	



Baulücke in der Schwerinstr.



entkernte Rückseite der Winterfeldtstr.

Behutsame Entkernung und durchgreifende Modernisierung

DIE STADT ALS WARE

Die Produkte "Stadt" und "Planung" stellen heutzutage bereits einen wichtigen Faktor in der Werbeindustrie dar. Im Jahre 1971 betrug der Etat für Öffentlichkeitsarbeit und Werbung für West-Berlin 10.000.000,— - Hamburg hatte dagegen 585.000,— aufgewendet. Geworben wird vor allem in Broschüren, Artikeln und Anzeigen, nicht selten auch in Filmen.

Senat sucht neues Konzept für seine Öffentlichkeitsarbeit

Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin ist interessiert an Konzepten für die Öffentlichkeitsarbeit für Berlin vom 1. Juli 1979 an. Der Regierende Bürgermeister fordert im Amtsblatt vom 3. November 1978 alle Interessenten auf, Konzeptionen beim Senat einzureichen, wie Berlin im Bundesgebiet, in Amerika, Großbritannien, Frankreich und bei der EG in Brüssel optimal „verkauft“ werden kann. Bei der Planung kann von einem Jahresbudget in Höhe von 5 Millionen DM ausgegangen werden. Für die reine Fremdenverkehrswerbung und die Verkaufsförderung sind 1 Million DM vorgesehen. Agenturen können Vorschläge für alle Bereiche oder auch getrennte Ideen schicken. Aus der Wettbewerbsteilnahme erwächst kein Anspruch. Interessenten können ihre Konzeption im Umfang bis zu zehn Schreibmaschinenseiten, DIN A 4, bis zum 31. Januar 1979 an die Senatskanzlei - VA - John-F.-Kennedy-Platz, Rathaus Schöneberg, 1000 Berlin 62, einreichen. (TfP)

DER TAGESSPIEGEL vom 4.11.1978

So unterschiedlich die Imagewerbung auch immer getrieben wird, sie dient doch einzig dem Zweck, das Niveau einer Stadt, bzw. eines Stadtteils zu steigern. Häufig wird dabei die Stadt personifiziert. Unter Einbeziehung von Bildern städtischer Lebensfreude soll gezeigt werden, daß es sich lohnt, in dieser Stadt zu leben. In fast allen Fällen städtischer Werbung wird der "Freizeitwert", das Angebot "kultureller Veranstaltungen" oder die "Einkaufsstadt" hervorgehoben. Die vielgepriesenen Lebensqualitäten, die eine Stadt angeblich für sich in Anspruch nimmt, werden zum Markenzeichen erhoben und verkauft. Dazu ein Beispiel aus der Zeitschrift "Test", der "Stiftung Warentest", die sich inzwischen auch mit der Qualität verschiedener Städte beschäftigt. Beim Test von Berlin kommt sie zu folgenden Schlüssen:

"...., denn das entspricht genau dem von Ihnen propagierten Berlin-Image ... Ihnen repräsentiert sich die Stadt äußerst liebenswert - mit allen Schwächen ... Und so erinnert eine Stadtrundfahrt leicht an den im Süden Europas praktizierten Elendstourismus, wenn der Führer zum Blick in die trostlose 'Idylle' Kreuzberger Hinterhöfe auffordert. So jung und schick Berlin in den Jazzkellern, Boutiquen und Kneipen ist, so senil und gar morbid ist es in seinen abgewrackten Wohnbezirken ... Und in der Tat ist auch das alles Berlin: ein Konsum-Mekka, eine wunderbare Stadt im Grünen - mit 30 Seen, auf denen 80.000 Sportboote schippern, und mit mehr Brücken als Venedig.

Fünf Wälder reinigen die schon im vorigen Jahrhundert besungene Luft, die allerdings längst nicht mehr nur in Auspuffnähe anruchig ist ... Shopping muß sein beim Berlin-Besuch, aber es muß wirklich nicht immer der Ku'-Damm sein. Freilich hier stehen insgesamt auf sieben Kilometern Läden mit Haute Couture, Jeans-Fashion, Oma-Fummel und erlesene Antiquitäten für den geneigten Kunden Spalier. Aber namentlich die von Deutschlands wohl großartigster Bummelpromenade abzweigenden Straßen haben, wenn auch nicht so dicht gedrängt, denselben Schick und sicherlich mehr Ausgefallenes für meistens etwas weniger Geld auf Lager ..." (aus "TEST", Zeitschrift der "STIFTUNG WARENTEST", Nr. 9, 1978, S. 76-78).

Der Kahlschlag ganzer Stadtviertel wird unter dem Deckmantel "Vermenschlichung der Stadt" und als Kampf gegen die "Unwirtlichkeit der Städte" verkauft. Ein beliebtes Schlagwort bei der Werbung über Stadterneuerungsmaßnahmen ist die "historische Komponente". Aus einer Broschüre über Sanierungsvorhaben am Klausener Platz erfährt man, daß die "unmittelbare Nähe zum Charlottenburger Schloß und zur repräsentativen Schloßstraße mit den beiden Gardes-du-Corpes-Kasernen" (hier folgen Angaben über Baumeister und Entstehungsjahr) bestimmend für das Gebiet sind. Weiterhin wird die unmittelbare Nähe des barocken Stadtkerns hervorgehoben. Dazu die hervorragend gute Stadtlage. Erwähnt wird nicht, daß die Bevölkerung hier überwiegend Arbeiter und Rentner sind, die wegen der Sanierungsmaßnahmen und nachfolgenden Verteuerung ihrer alten Wohnungen das Gebiet verlassen müssen. Die Werbung für diesen "attraktiven" Stadtteil ist lediglich auf Image und Prestige ausgerichtet. Das Viertel soll kosmetisch aufgearbeitet werden, dabei werden die gewachsenen Sozialstrukturen allzu leicht unter den Tisch gefegt.

Unter dem Thema "Stadtgestalt und Denkmalschutz im Städtebau" preist Harry Ristock, ehem. Senator für Bau- und Wohnwesen, seine Sanierungs-, bzw. Abrißpolitik, unter Einbeziehung von gegenübergestelltem Bildmaterial (aus Alt mach Neu) folgendermaßen an:

Will eine Stadt im Bewußtsein ihrer Bürger nicht geschichtslos werden, dann darf sie nicht geschichtslos sein.

Um diese schlechten Verhältnisse zu beseitigen werden durch teilweisen oder mitunter gänzlichen Abriß der Bauten im Innern der Blöcke statt enger Hinterhöfe grüne und lichte, vom Verkehr ungestörte Freiflächen entstehen. Im Blockrand werden die erhaltenswerten Bauten modernisiert oder schlechte Substanz durch Neubauten ersetzt.

Die Sünden des spekulativen Bauens werden somit beseitigt, und dennoch die historische Stadtgestalt erhalten; sie wird nicht konserviert, sondern in der Auseinandersetzung mit gegenwärtiger Architektur fortgeschrieben. Berlin bleibt damit seiner Tradition treu, für Neues aufgeschlossen zu sein und es zu integrieren.

Harry Ristock

Kein Wort in der ganzen Broschüre darüber, was mit den Menschen geschieht, obgleich Fotos über Abriß und Wiederaufbau eines Wohnhauses direkt daneben abgebildet sind. Stattdessen müssen die historischen Kulissen stimmen (entspr. Neugestaltung von Straßenpflaster, Wasser- und Beleuchtungskörper, sowie Grünanlagen).

Sanierung heißt nicht mehr Gesundmachung eines Viertels. Mit Hilfe der Werbung wird vielmehr versucht, Gebiete, die "nichts mehr bringen" attraktiv und wieder profitabel zu machen. Dies geschieht häufig mittels gezielter Anwerbung eines anspruchsvollen Konsumentenpublikums. Steigert doch die Ansiedlung von Führungskräften des gehobenen Managements den Wohn- und Prestigewert — nicht zu vergessen den Profit, den Grund und Boden dabei abwerfen. Daß Geld eine Nebensache ist, und daß hier alles zu haben ist, unterstellt folgende Anzeige von Berlin :

*"Deutschlands größter shop. Einkaufen ist nicht nur eine Sache von Geld, sondern von Gelegenheit. Wer das nicht glaubt, der komme schnellstens zu uns. Vergesse aber nicht, etwas Zeit mitzubringen. Denn er wird, einmal auf der Fährte, ständig etwas Neues sehen, auch wenn es etwas Altes ist."*²

Solche Anzeigen, nicht nur von Berlin, findet man in Zeitungen und Illustrierten neben Werbeanzeigen für Zigarettensmarken, Alkoholprodukte und andere Konsumartikel in diesen zum Verwechseln ähnlicher Aufmachung. Die "Ware Stadt" verkauft sich gut — das Sanierungsgeschäft blüht (noch).



Die Architektur der Neubauten zeugt vom Respekt

gegenüber vorhandenen Altbauten

Entvölkern und wiederbeleben

Beginn der Neuordnung

Die Dennewitzstr. 1 Jahr nach Abriß

Berlin (West), a name which calls to mind the unmistakable atmosphere engendered by the pulsating life on the Kurfürstendamm and the touch of "our little town" still found in the districts of old Berlin. Yet in a city which has been divided in itself and separated from its hinterland for more than thirty years, many concepts assume a further dimension: leisure, work, environmental protection. The conflict of ideals is more immediate and more severe in Berlin than in other cities. The solution sought must be an internal solution. It is one which can be found, for Berlin is rich in natural, inherited, and harvested resources which must be recognized, preserved, and put to good use. Berlin offers a particularly wide range of cultural activities: theatres, concert halls, museums. Berlin is a centre of learning, research, and tourism. *Berlin Building Review 78*



Neubauten der NH Bülowstr.

Intimer, ruhiger Wohnbereich

WINTERFELDTSTRASSE (I)

Bei der Auswahl der Häuser wollten wir nicht nach dem Zufallsprinzip vorgehen, weil wir dadurch u.U. nur einseitige Informationen erhalten hätten. Außerdem erschien es uns für die Arbeit einfacher, berechtigtem Mißtrauen der Besetzer gegenüber Außenstehenden, aus dem Weg zu gehen, indem wir Häuser aussuchten, in denen wir schon Leute kannten. Erleichternd kam hinzu, daß es z.B. für die Besetzer in Der Winterfeldtstraße nicht neu war, befragt zu werden. Wir haben uns für die Arbeit keinen Fragenkatalog ausgeklügelt, der eventuell nur zu einer statistischen Auswertung über Anzahl der Räume, gezogene oder abgerissene Wände sowie über die soziale Zusammensetzung der Gruppen geführt hätte (etwa im Stil "Der Hausbesetzer"). Genausowenig wollten wir "Exoten" interviewen, weil wir sie nicht als solche sehen.



Winterfeldtstr.

Das Folgende soll eher als Bestandsaufnahme von Gesprächen mit Bewohnern und Selbstgesehenem verstanden werden.

Die beiden vierstöckigen Häuser in der Winterfeldtstraße stehen seit über einem Jahr leer und bestehen aus 20 geräumigen 2-3-Zimmerwohnungen mit Innenklo. Besitzerin ist die NH, die mit den Vorderhäusern Modernisierungsmaßnahmen vorhat. Die Seitenflügel waren zum Zeitpunkt der Besetzung bereits abgerissen. Am 3. März wurde dieses Haus von einer Gruppe von 15 Leuten besetzt - inzwischen wird es von 10 Frauen und 18 Männern, darunter 1 Hauptschüler- instandgesetzt. Die Häuser waren vollständig ruiniert.

Vor der Besetzung sind hier Bautrupps durchgezogen, die, wie in anderen Häusern auch, Öfen, Fenster, Türen, Treppengeländer, Installationen usw. abgerissen, bzw. bewußt zerstört haben, um eine Besetzung zu verhindern. Bekannt ist, daß bei derartigen Aktionen auch Teile des Treppenhauses an Trödler weiterverkauft wurden.

Die neuen Bewohner sind nun dabei das Haus zusammen wieder bewohnbar zu machen, d.h. von Grund auf zu renovieren. Türen, die zum abgerissenen Seitenflügel führten wurden zugemauert, feuchter Putz abgeschlagen und erneuert. Beim Abwaschen der Wände und Decken, kam unter den Farbschichten farbig bemalter Stuck zum Vorschein, der erhalten werden soll. Wasserrohre wurden neu gezogen, beim Einbau eines Bades wurde der Fußboden trockengelegt und erneuert. Die neuverlegten Rohre wurden von 2 Klempnern angegeschlossen, die freiwillig für den Selbsthilfefonds arbeiten (s.u.) Es gibt provisorisch Strom, eine Steigeleitung wird grade gelegt und die Anlage dann der Bewag gemeldet. Die Bewag ist grundsätzlich bereit, auch in besetzten Häusern Strom zu liefern, wenn die technischen Voraussetzungen erfüllt sind. Teile des alten Treppengeländers sind den Besetzern von der Bauleitung der NH zurückgegeben worden, und sollen wieder an ihren alten Platz kommen. Telefon verlegt die Post nur dann, wenn eine vom Vermieter beantragte Telefonsteigeleitung vorhanden ist, was nicht der Fall ist.



Die Reste sind beim Trödler



Fenstersammelstelle der NH



An dieser Stelle ging's mal zum Seitenflügel

Die graue Fassade soll auch bemalt werden. Es wurde am unteren Teil des Hauses bereits damit begonnen. Dafür gab es einen von allen Besetzer gebilligten Entwurf, der ausgeführt wurde. Für den übrigen Teil der Fassade liegt ebenfalls ein Konzept vor, welches aber wegen anderer Dringlichkeiten erst später ausgeführt werden soll. Schwierig war es mit den Fenstern, da sie sogar wie alle den Zerstörtruppen zum Opfer gefallen waren. Z.Zt der Bes. war es noch recht frisch, Fenster dieses Formates waren allerdings

schwer zu bekommen, sodaß man sich mit Folie behelfen mußte. Alte, noch funktionstüchtige Öfen, eine Badewanne, Klobecken und mittlerweile einige Fenster, haben die Instandbesetzer geschenkt bekommen. Ältere Leute aus dem Kiez und umliegende WGs bieten zudem materielle Hilfe an (Schränke, Betten, Tische, Stühle, jede Menge Geschirr).

Es hat von Anfang an keine Zimmeraufteilung gegeben, d.h. jeder renoviert, mauert und tapeziert alles, wobei daran gedacht ist, Gemeinschaftsräume, sowie persönlichen Wohnraum für jeden Einzelnen zu erhalten. ("die Haustür soll offen sein"). Zu diesem Zweck wird die ursprüngliche Wohnungsgröße wieder hergestellt, aus 2 kleinen Wohnungen pro Etage wird 1 große gemacht.

Im Parterre befinden sich ehemalige Läden, die für alternative Zwecke vorgesehen sind. Im Moment macht die hauseigene Combo (Jenny Dunlop und die Continentals) dort Musik. Geplant ist unter anderem

ein Café, eine Art Treffpunkt für die Kiezbewohner und Jugendliche. Prinzipiell gilt für die Besetzer der Winterfeldtstr., daß das Haus für alle Gruppen offen sein soll. Gemeinschaftseinrichtungen sollten ehe sie vielleicht ineffektiv werden, mit den umliegenden Häusern abgesprochen werden (sonst gibt es 15 Cafés in 15 Häusern).

Bei 28 Leuten war es natürlich unmöglich, von jedem einzelnen zu erfahren, welche Intentionen, Vorstellungen oder Perspektiven mit der Besetzung verbunden waren und sind. Wir hoffen aber, daß der relativ kleine Kreis von jeweils 5 - 10 unterschiedlichen Leuten, mit denen wir gesprochen haben, vielleicht repräsentativ für die ganze Gruppe ist.

Die Bestzer sind zwischen 20 und 35 Jahre alt und die überwiegende Mehrheit studiert. Da die Männer zahlenmäßig dominieren, sollen bei evtl. Neuen Frauen bevorzugt werden. Da die Renovierung des Hauses zuviel Zeit in Anspruch nimmt, wird kaum noch studiert. Einige bekommen Bafög, werden

von den Eltern (trotzdem) unterstützt oder gehen nebenher arbeiten. Ein Hauptschüler, der mithilft, hat von seinen Eltern übers Wochenende Schlafurlaub im Haus gekriegt. Die Reaktion der Besetzereltern auf die Besetzung ist unterschiedlich, und entspricht der öffentlichen Meinung-. Immerhin waren einige der Eltern schon im Haus, Ein Architektenvater hat seine Hilfe angeboten. Außer den Menschen wohnen noch 2 Hunde und 4 Katzen im Haus. (die manchen sehr auf die Nüsse gehen).

Vorher haben die meisten in WGS gewohnt, wenige hatten eine eigene Wohnung, die sie jetzt aber allmählich aufgeben wollen. Hausbesetzung bedeutet für alle, erstmal gemeinsam am Haus zu arbeiten und gemeinsam zu wohnen und nicht, alte WG-Situationen gegen neue auszutauschen. Darüberhinaus gab es von Anfang an keine konkret Konzeption. Die Renovierungsarbeit und deren Organisation, sowie die Arbeit in der Hausbesetzerbewegung nimmt zuviel Zeit in Anspruch, um sich konkrete Gedanken über ein Nutzungskonzept zu machen. Auf dem wöchentlichen Plenum wird erst in letzter Zeit konkreter über Gemeinschaftseinrichtungen diskutiert. Es gibt die Vorstellung in den Gewerberäumen neben Cafe und Infoladen eine Werkstatt oder Druckerei einzurichten und eine Fotogalerie zu machen. Eine Theatergruppe existiert schon und mit anderen besetzten Häusern zusammen ist eine Foto-AG gegründet worden. Manche wollen im Hinterhof einen Garten anlegen, bevor ein Parkplatz daraus gemacht wird. In die Haushaltskasse zahlt jeder wöchentlich 50,-- DM, in die Materialkasse mtl. 200,--. Es soll nach Plan Reih um gekocht werden, (ca. 5 x die Woche), dazu gibt es einen Kochplan, der nicht richtig klappt, und hauptsächlich Reis- und Nudelkombinationen enthält - teils aus Phantasie, teils aus kochtechnischen Gründen. Die Lebensmittel werden zum Teil im Großhandel gekauft, das Brot im Mehrlinghof, und die Milch soll demnächst vom Bauern aus der Steinmetzstr. geholt werden.

Um vor unerwarteten Polizeiüberfällen geschützt zu sein, sind, wie in allen Häusern, Nachtwachen eingerichtet. Zu den Sitzungen der verschiedenen Besetzergruppen werden Leute delegiert, meistens Männer oder die, die gut reden können.

Im Besetzerrat werden Direktiven erarbeitet, die für die gesamte Bewegung bindend sein sollen.

z.B. werden so lange keine Verhandlungen über Legalisierung der Häuser geführt, ehe die, im Zusammenhang mit Hausbesetzung Inhaftierten nicht amnestiert sind. Die Besetzer in der Winterfeldtstr. sind optimistisch, was die evtl. Räumung anbelangt. Sie haben immerhin die Unterstützung von 15 besetzten Häusern mit mehr als 500 Besetzern rund um den Winterfeldtplatz. Außerdem sind sie der Meinung, daß eine weitgehende Renovierung eine Räumung hinausschiebt, oder gar verhindert. Dies umsomehr, da die NH z.ZT. sowieso aus Geldmangel, bzw. aus Konzeptionslosigkeit offensichtlich ganz froh ist, daß die Besetzer die Instandsetzung übernommen haben (siehe Bülowstr. 55). Die Bewohner sind an breiter Öffentlichkeit interessiert. Man plant einen Tag der Offenen Tür und es gibt oft genug große Feten (wo zwar hauptsächlich HBs hinkommen, aber auch gespendet wird) und Filmvorführungen.



das Scheißhaus ist besetzt

Die G.R.E. mien

Durch die Diskussionen über "Legalisierung" besetzter Häuser, ihre Baufinanzierung und dann auch schließlich Verantwortung hat sich unser Bewußtsein in der letzten Zeit wieder einmal stärker auf die Frage gerichtet, was wir an der Szene bereits an Strukturen der Selbstverwaltung aufgebaut haben oder besser gesagt, was sich da entwickelt hat und gewachsen ist.

Eine genauere Betrachtung dieser aus den Bedürfnissen und aus der politischen Realität heraus gewachsenen Strukturen scheint uns die erste Voraussetzung zur Weiterentwicklung in Richtung auf eine echte Selbstverwaltung. Die dann auch solche Dinge wie "Legalisierung", Baugeldempfang, Verträge usw. mit allen Stellen zu regeln, mit denen man als Haus-Innenstand-Besitzer nun einmal zwangsläufig tun bekommt....

Der Kiezrat

Alle betroffenen Häuser eines Kiezes kommen hier zusammen. Wie auch im Blockrat vertritt jeder Delegierte die Meinung (Entscheidung) des Hauses. Man redet über Dinge, die im Kiez los waren, überlegt sich gemeinschaftliches Vorgehen und Verhalten gegenüber der Öffentlichkeit und dem Spinat. Hier werden auch neue Projekte vorgestellt. Zu wichtigen politischen Fragen wie z.B. Strom/Gas, Verhandlungskiste, versucht man eine gemeinschaftliche Vorgehensweise zu finden. Eine Person wird gewählt, die den Besetzerat informiert

Häuser-Rat

Treffen aller Leute die im Haus leben. Normalerweise wöchentlich, steht was an, was besonders ist: SONDEHAUZAUFNAHME. Es wird über Organisatorisches (wer wascht endlich mal wieder ab, wer besorgt Baumaterial) Persönliches (Du warst letzte Woche aber mies drauf) und Politisches (wie verhalten wir uns zur Verhandlungsfrage) geredet und entschieden. Die Mehrheit bestimmt -oder versucht's. Eine Person wird zum Block-, Kiez- und Besetzerat geschickt.

Der Besetzerat

Alle Häuser werden gebeten, zum wöchentlichen Hausertango (hau rein, is tango) zu erscheinen. Der findet im Kuuckuck statt, immer wieder Sonntags um 5 Uhr. Die Bezirksvertreter tragen die Entschlüsse ihres Kiezrats vor, Neubesetzungen werden bekanntgegeben, es wird über die Aktionen der letzten Woche geredet und die BesetzerPost wird gelegt. Zu höchst (I take you high) politischen Fragen wird Stellung genommen, um eventuell eine gemeinschaftliche Ebene zu finden. Oft geht es Stunden, Tage, Wochen lang her und hin, bis eine Einigung herauskommt. Die Diskussion wird allerdings dadurch erschwert, daß jeder Delegierte bei fast jedem Satz, der fällt, erst das Häuserplenum informieren und deren Meinung einholen muß.

Block-Rat

Hier treffen sich die gewählten Vertreter der Häuser vom Block. Der Delegierte trägt die Entscheidungen und Bedürfnisse seines Hauses vor und vertritt sie. Man bequatscht die Sachen, die im Zusammenhang mit dem Block stehen, z.B. Blockbegrünung, Mieterarbeit, gemeinsames Vorgehen gegen Spinat, abBaugesellschaften oder wie man gemeinschaftliche Sachen organisiert. Straßenfeste, Müllaktionen. Entscheidungen werden mehrheitlich und in Hucksprache mit dem HP gefällt.



beim Verputzen



ehemaliger Kachelofen

In der Dieffenbachstraße werden z.ZT. 3 Wohnungen eines 4stöckigen Hauses besetzt. Die Wohnungen liegen auf einer Etage (VH, Seitenflügel, HH) und stehen seit ca. 1 Jahr leer. Die übrigen "legalen" Mieter haben längst alle Kündigungen gekriegt, die wieder zurückgenommen wurden. Ein Antrag des privaten Eigentümers auf Abriß ist in 1. Instanz abgewiesen worden. Der Besitzer, Herr Menzel, ein dynamischer 30jähriger hat dieses und noch weitere Häuser im Block erst von ca. 1 Jahr erworben, und es in kürzester Zeit systematisch verrotten lassen, z.B. notwendige Reparatu-

ren unterlassen, Handwerker erst nach langem Hinauszögern geschickt, Wasserrohrbrüche im HH nicht repariert. Den Dachboden kann man eigentlich nur mit Atemgerät betreten, wegen dem beißenden Gestank der Kadaver und dem einen halben Meter hoch liegenden Taubendreck. Das HH und der Seitenflügel stehen mittlerweile fast völlig leer, die Mieter wollten hier nicht mehr wohnen. Bei dem genannten Herrn Menzel handelt es sich wahrscheinlich um einen Strohmann einer Sanierungsfirma (siehe Mewes von Haurert und Noack). Dies ist allerdings schwierig herauszubekommen, da dieser Herr den Briefkopf einer Hausverwaltungsfirma benutzt, wo die Auskunft gegeben wird, daß sie Häuser verwaltet, aber nicht besitzt. Am Tag der Besetzung hat Herr Menzel seine Freundin zum Auskundschaften als getarnte Besetzerin zu den Leuten geschickt. Nachdem ein Kind aus dem Haus den Besetzern gesagt hatte, um wen es sich bei dieser Frau handelt, wurde sie von den Besetzern hinausgeworfen.

Die Besetzung wurde am 7.4.81 von ca. 11 Leuten durchgeführt. Inzwischen sind es 15, wobei die Männer auch hier in der Überzahl sind. Die Gründe die zur Besetzung führten, waren unterschiedlich. 4 Leute suchten ursprünglich eine Wohnung und fanden keine. Als es immer mehr wurden, machten sie sich auf die Suche nach einer Fabriketage mit dem gleichen Ergebnis.

Daß es immer schwieriger wird, mit mehreren Leuten zusammen eine Wohnung oder Etage zu finden, ist ja bekannt. Im Rahmen der aktuellen politischen Lage erwog die rel. kleine Gruppe eine Hausbesetzung. Einem Teil ging es dabei weiterhin darum, endlich gemeinsam wohnen zu können, für andere stand im Vordergrund, damit gegen die Abriß-Sanierungspolitik des Senats und der Spekulanten zu demonstrieren. Deswegen sollte auch zuerst kein Haus eines privaten Eigentümers besetzt werden.

Durch die TAZ und den Mieterladen erfuhren sie dann von dem Haus in der Dieffenbachstr. Von den Mietern erfuhren sie zudem von den übelen Machenschaften

des neuen Hausbesitzers und den Kündigungen.

Die Mieter des Hauses reagierten auf die Besetzung, bei der die Kinder aus umliegenden Häusern mitgemacht haben, sehr mißtrauisch, z.T. aggressiv. Ein im Haus wohnender Dachdecker wurde vom Besitzer beauftragt, die Besetzer rauszuschmeißen. Mittlerweile macht er jetzt mit den Besetzern die Notreparaturen am Dach. Klingelknöpfe wurden abgerissen und mit der Polizei gedroht. Ein Teil der Bewohner hatte auch Angst, da sie aus der Presse ständig von gewalttätigen Auseinandersetzungen erfahren.

Die Polizei hat ihren Teil dazu beigetragen, daß das Mißtrauen zunächst bestehen blieb. Sie verteilte Zettel im Haus mit Telefonnr. der zuständigen Behörde, auf denen sie die Mieter aufforderte, Informationen über Lärmbelästigung, das Verhalten der Hausbesetzer, bekanntgewordene Wandschadnisse usw. zu melden. Inzwischen hat sich dies geändert. Die Hausbesetzer haben Mieterversammlungen gemacht, haben den völlig versauten Hof sauber gemacht und haben sich nicht verbarrikadiert. In den ersten Wochen haben Nachbarn Kuchen gebracht, alte Hausschlösser, Möbel usw. Die materielle Hilfe hält an. Die Besetzer kriegen Hinweise, wo jemand auszieht und deswegen Möbel und anderes Material hergibt. (Manchmal auch anonym im Briefkasten).

Auch wenn manchmal dicke Luft ist, wegen lauter Musik z.B., haben die Besetzer doch allgemein das Gefühl, daß sie im Haus und in der Umgebung akzeptiert werden. Allerdings sind auch schon Anschläge vorgefallen. Ihre Katze ist neulich erschlagen worden, aus einem Auto heraus, wurde mit einem Luftgewehr durchs Fenster geschossen, Fahrräder und Ventile sind geklaut worden. Die Mieterversammlungen hatten zur Folge, daß die übrigen Mieter in der Dieffenbachstr. zum Teil keine Miete mehr zahlen. Die besetzten Etagen bestanden ursprünglich aus 1 1/2 bis 2-Zimmerwohnungen, die nun mittels Durchbrüchen zu großen Wohnungen zusammengelegt worden sind.

Warum?

Seit einem Jahr wird die Dieffenbachstr. 74 entmietet. Die Mieter bekamen eine 3-monatige Kündigungsfrist gesetzt, obwohl einige von ihnen laut Mietvertrag einen Kündigungsschutz von einem Jahr hatten. Außerdem wurde die Kündigung nicht begründet. Die Mieter erfuhren vom Schornsteinfeger, daß das Haus abgerissen werden soll. Seit Anfang 81 legt er nämlich nicht mehr die Schornsteine, da der Besitzer ihm sagte, daß das Haus abgerissen werde. Im Januar brannte eine Wohnung im 4. Stock Quergebäude völlig aus. Ein Wasserrohrbruch im selben Gebäudeteil wurde erst nach Wochen behoben, in dem das Wasser abgestellt wurde.

Im Februar 81 wurde dann eine Abrißgenehmigung fürs Hinterhaus beantragt. Mit diesem Antrag bekommt der Besitzer gleichzeitig eine Leerstandsgenehmigung. Das heißt, er darf im Haus länger als 3 Monate Wohnungen leer stehen lassen bis der Antrag genehmigt oder nicht genehmigt wird. Also war der vorherige Leerstand rechtmäßig und diente nur der Zerstörung von Wohnraum. Seit dem 2. Weltkrieg wurden bis auf Rohrbrüche und Ofenreparaturen keine Arbeiten am Haus durchgeführt. Guten Willen zeigte der seinerzeitige Hausbesitzer im Winter 79, als er ein paar Quadratmeter Wand im Flur "Probe streichen" ließ. Die Probe ist bis heute zu besichtigen, guter Wille alleine genügt eben nicht.

Was will

der Besitzer?

Der Besitzer hat für das Hinterhaus die Abrißgenehmigung eingereicht. Das Vorderhaus soll luxur-modernisiert werden. Die Wohnungen sollen Zentralheizung, warmes Wasser und Bäder bekommen. Die Miete wird sich danach also mindestens verdreifachen. Eine 1 1/2 Zimmer Wohnung kostet in dem Haus heute 180,- DM. Für das Modernisieren bekommt der Besi 60% der Kosten vom Senat subventioniert. Damit umgeht er die Mietpreisbindung und kann höhere Mieten verlangen. Er will also Geld, Geld, und nochmals nur Geld.

Die Renovierung der im VH noch gut erhaltenen Wohnungen wird von allen Besetzern gleichmäßig gemacht. Durch die verbliebenen Mieter sind Strom, Gas und Wasser vorhanden. Zwei eigens für die Hausbesetzungen zuständige Bewagvertreter sind schon im Haus gewesen und haben die Anlage überprüft. Ein Zähler wurde angemeldet.

Dieffenbachstr. besetzt

Was

wollen Wir? Wir wollen 18 durchaus bewohnbare Wohnungen erhalten. Wer von den Mietern, die derzeit noch im Haus leben nicht ausziehen will, soll auch (unbedingt) dortwohnen bleiben. Wir wehren uns gegen die kriminellen Machenschaften der Hausbesitzer. Wir wollen durch die Besetzung verhindern, daß die Wohnungen durch den Leerstand in kurzer Zeit unbewohnbar werden. Nach unseren und nach den Vorstellungen der Mieter werden wir das Haus wieder herrichten.

Wer sind Wir? Kommt doch selber mal vorbei!!



Die Besetzer sind zum größten Teil Studenten/innen, Schüler des ZBW, 1 Arbeitsloser und 1 Fotograf. Es gibt viele die Medizin studieren. Das Studium läuft auf Schmalspur, aber gerade im Medizinstudium ist das noch viel und hart genug. Nach anfänglicher Ranklotzerei bei den Mauerarbeiten und den damit zusammenhängenden Arbeitsplänen, hat man bald gemerkt, daß die Ansprüche an das Zusammenleben dabei zu kurz kamen. Das Studium, die Renovierungsarbeiten und die aktive Mitarbeit in den Besetzergrêmien, gingen schließlich auf Kosten der persönlichen Beziehungen. Von der ursprünglichen Gruppe sind nach kurzer Zeit 3 Leute abgesprungen und ausgezogen. Einen festen Arbeitsplan gibt es mittlerweile nicht mehr. Jeder weiß was zu tun ist und macht was, wann er Zeit und Lust dazu hat.

Alle 10 Tage werden pro Person 60,-- in die Haushaltskasse gezahlt, in die Materialkasse mtl. 30,--. Das Material für die Renovierung beziehen die Besetzer aus dem Bauhof. Der Bauhof ist eine zentrale Einrichtung der Instandbesetzer zur Organisation der Materialverteilung und Handwerksdienste. - Dieser wurde eingerichtet, nachdem es durch bisher 80.000,-- vom Netzwerk und ca. 60.000,-- an Spenden möglich war, über den Mieterladen Waldemarstr. einen Selbsthilfefonds zu gründen.

Mit anderen besetzten Häusern aus der Umgebung ist ein zentraler Einkaufsdienst (Food-Coop) eingerichtet worden, Lebensmittel werden im Großeinkauf geholt, Gemüse und Obst im Fruchthof. Es gibt einen Kochplan, der gut funktioniert. Das Plenum findet unregelmäßig statt und trotzdem klappt alles erstaunlich gut. Alle anfallenden Arbeiten werden, wenn möglich, geschlechterunspezifisch erledigt.

Die Besetzer leben von Bafög, Arbeitslosengeld und zum Teil von ihren Eltern. Ein großer Teil der Eltern weiß von der Besetzung nichts. Demnächst wollen Eltern zu Besuch kommen.

Zunächst beabsichtigen die Besetzer den Erhalt des Hauses zu sichern. Mit der Zeit wollen sie ihr Leben in einer größeren Wohngruppe zusammenfassen, aus welchem Grund

noch mehr Besetzeri n n e n dazu kommen sollen. Neben dem Wohnen wollen sie aber auch mit den Mietern zusammen die Lebenssituation im Haus bzw. in der Straße verändern. Unter anderem ist vorgesehen, eine Teestube, einen Musikübungsraum, eine Werkstatt und ein Infozentrum einzurichten. Außerdem haben sie die in der Straße lebenden Kinder auf deren Wunsch mit in ihr Haus einbezogen, indem sie ihnen einen Raum für ihre Bandentreffs zur Verfügung stellten. Die Besetzer verstehen sich allerdings nicht als Sozialarbeiter für Kindergruppen. Im Gegensatz zu Häusern, in denen keine Mieter mehr wohnen, müssen die Besetzer hier mit dem Problem einer ständig offenen Haustür fertig werden. Eine offene Haustür hat jedoch den Vorteil, daß die Besetzer wesentlich besseren und zwangsläufig näheren Kontakt zu der sog. bürgerlichen Bevölkerung hat.

STUDENTEN - ELTERN

Das ist die wichtigste Studienhilfe, die Sie Ihren Kindern ermöglichen können — Grundlage für ein erfolgreiches Studium: Sofort beziehbare Komfort-Eigentumswohnungen. Bei uns jetzt vorteilhafter als mieten.

1. Der Wert von Wohnungseigentum ist bisher jedes Jahr gestiegen. Alles spricht dafür, daß diese Entwicklung anhält.
2. Steuern sparen durch 7b-Abschreibung. Soweit noch nicht ausgenutzt.
3. Jederzeitige Wiederverkäuflichkeit.
4. Keine Maklerprovision, da Eigentümerverkauf.
5. Erwerb auch ohne Eigengeld möglich.

Bezirk	Zimmerzahl	Wohnfläche m ²	Kaufpreis DM	Eigengeld DM wenn vorhanden
Wedding	1	36,17	71 900,—	7 400,—
Wedding	1	38,43	63 500,—	6 400,—
Wilmerdorf	1	35,69	69 900,—	7 400,—
Neu-Westend	1	31,64	82 300,—	8 300,—
Spandau	1	32,99	69 800,—	7 800,—
Steglitz	1	32,68	59 500,—	6 875,—

Selbstverständlich haben wir auch größere Wohnungen im Angebot. Rufen Sie uns unverbindlich an.

Der Partner, dem Sie vertrauen können!

Modernisierungsobjekt Kreuzberg nahe Grimmstraße

Baujahr um 1900, ordentlicher Bauzustand, 54x1- bis 3-Zimmerwohnungen, Ofenheizung, Grundstücksgröße 1160 m². Jahresmiete DM 73 334,-, Kaufpreis DM 510 000,-, Anzahlung DM 200 000,-.

Weitere günstige Angebote siehe „Kleine Anzeigen“



Heinrich Zachger

Immobilien RDM Inhaber: Erich Wilms

Fasanenstraße 30, 1000 Berlin 15, Telefon 88 20 01

Lohmüller
 Verwaltungen Immobilien seit 1950 RDM Kurf. d. 199
883 5022
 Ihr Partner für den Nachweis solventer Mieter, sowie Führungskräfte der Berliner Wirtschaft. Wir bitten um Ihren Anruf!
 sonn- 3 41 16 63 (nur tages Angebote) freier- tans

10 000,- DM für erfolgreiche Vermittlung eines Mietvertrages. Gesucht wird hübsche 2-2½ Zimmerwohnung, Altbau erstes oder zweites Obergeschoß, Sonnenbalkon in Steglitz, Wilmerdorf, Friedenau, Schmargendorf, für ein nettes älteres Ehepaar. Angebote erbeten unter MR 299 Der Tagesspiegel, Postfach, 1 Berlin 30

WILHELM **DROSTE** & CO

MIETHÄUSER EINFAMILIENHÄUSER

Modernisierungsobjekte
Altbauten, Neubauten

Wir helfen Ihnen beim Verkauf Ihres Grundstücks, für das wir barzahlende Käufer vorgemerkt haben.

Kurfürstendamm 217

☎ 883 60 91 · IMMOBILIEN · RDM

Miethaus Neukölln

nahe Sonnenallee, mit Gaststätte

Baujahr um 1900, 29x 1- bis 3-Zimmer-Wohnungen, alles Innen-toiletten, 1 Laden, neue Steigeleitungen, Ofenheizung, sehr gut zur Modernisierung geeignet. Jahresmiete DM 61 000,-. Kaufpreis DM 480 000,-. Anzahlung DM 150 000,-.

Weitere günstige Angebote siehe „Kleine Anzeigen“



Heinrich Zachger

Immobilien RDM Inhaber: Erich Wilms

Fasanenstraße 30, 1000 Berlin 15, Telefon 88 20 01

Dieses Haus wurde am 19.2.81 besetzt., u.zw. VH, Seitenflügel und HH. Besitzerin ist auch hier die NH. Zur Zeit der Besetzung gab es noch einen rechtmäßigen Mieter, der allerdings lange von der NH schikaniert wurde, um ihn zum Auszug zu bewegen. Dieser Mann ist 60 Jahre alt und ist durch diese Machenschaften nervlich ziemlich fertig. Er ist zunächst aus seiner Wohnung ausgezogen, bezahlt weiterhin eine geringe Miete, und will, wenn die Besetzer die Renovierung abge-

schlossen haben - seine Wohnung wird mitrenoviert - wieder einziehen. Er begrüßt, wie auch einige andere Anwohner dieser Straße, die Hausbesetzung.

Die Renovierungsarbeiten werden dadurch finanziert, daß jeder Besetzer monatlich 50,-- einzahlt. Die besetzer dieses Hauses haben bisher kein Material vom Bauhof bekommen, da dieser erst bedürftigen Häusern hilft; d.h. Häusern, bei denen z.B. das Dach, Mauerwerk, Treppenhäuser, Fenster, o.ä. kostenintensiv repariert werden muß. Die Besetzer haben alle anfallenden Reparaturen (Wasserrohre, Elektrizität, kleinere Mängel am Dach) aus eigener Tasche bezahlt und auch selbst ausgeführt.

Die Gruppe besteht aus 30 Leuten (10 Frauen, 20 Männer), wobei zu der ursprünglichen Gruppe von 26 Leuten 4 dazugekommen sind. Abgesprungen ist bisher niemand, damit ist das Haus auch voll besetzt. Ein Teil studiert, macht den ZBW oder arbeitet oder befindet sich in der Ausbildung. Günstig für das Haus ist es, daß es in der Gruppe Elektriker, Automechaniker und Installateure gibt. Die Eltern der meisten Besetzer wissen von der Besetzung und waren z.T. schon im Haus. Sie haben lediglich Angst, daß ihre Kinder bei evtl. Polizeieinsätzen verletzt oder verhaftet werden.

Die Besetzer wohnten vorher nicht in größeren WGs, ein Teil wohnte alleine. In dem Haus haben sich Wohngruppen gebildet, die sich zum Teil von früher kannten, und auch schon über 1 Jahr versucht hatten, eine Fabriketage zu finden. Mit der Besetzung haben alle ihre Wohnungen aufgegeben. Jede Wohngruppe versorgt sich selbst mit Lebensmitteln (mtl. 50,--) und es wird innerhalb der Gruppe Reih um gekocht. Beim wöchentlichen Plenum, wo hauptsächlich organisatorische Sachen besprochen werden, treffen sich alle Leute des Hauses. Von dort werden auch welche in die Besetzergruppen geschickt. Zum Teil lebt man aneinander vorbei, worüber aber reflektiert wird. Unterschiedliche Auffassungen werden nach Diskussion per Abstimmung

unter einen Hut gebracht. Bei der Suche nach einem geeigneten Haus haben die Besetzer zunächst an Kreuzberg gedacht, gingen dann aber nach Schöneberg, da entweder das infrage kommende Haus schon besetzt war, oder im gleichen Moment von anderen Gruppen gekraakt wurde. Die Besetzung geschah aufgrund von Wohnungsnot einerseits und politischen Gründen andererseits. Viele hatten vorher schon mit der Bewegung sympathisiert. Resignation durch eine immerzu erwartende Räumung (erst recht nach dem 11. Juni 81) verdrängen die Bewohner durch teilweise aberwitzigen Arbeits-eifer. Ferien werden im Wechsel und nach Absprache gemacht, damit immer möglichst viele im Haus sind.

die NH schickte einmal einen relativ freundlichen Brief an die "Nutzer", in dem sie ihren Besuch ankündigte, was aber nie geschah. Am Anfang der Besetzung bekamen die Besetzer von mehreren Leuten Geldspenden, Grüßbirnen und Mobiliar. Viele ältere Menschen finden die Besetzung gut und bieten ihre Hilfe an. Es sind allerdings schon einige Zwischenfälle von Gegnern der Hausbesetzung vorgekommen (Fenster eingeworfen).

Im Haus befinden sich 2 Läden.
In einem tagt die Schöneberger
AL und eine Anti-AKW-Gruppe, im
anderen wird z.ZT. ein Informa-
tionszentrum eingerichtet (siehe
Flugblatt). Außerdem wollen die
Bewohner eine Galerie und Werk-
statt einrichten und eine Thea-
ter- und Musikgruppe gründen.
Es ist auch vorgesehen, einen
Film über dieses Haus zu machen.

In der momentan politischen Lage
lehnen die Besetzer alle Modelle
zu einer Legalisierung ab.

Info ♦ laden

Anfang Juni haben wir in der Winterfeldstr. 38 einen Besetzer-
laden eröffnet.

In diesem Laden arbeiten Leute aus fast allen Häusern im Kiez
mit. Wir hatten es satt, daß im Kiez so gut wie kein Informa-
tionstausch läuft.

Wir wollen in dieser Anlaufstelle Informationen einholen und
weitergeben. Der Laden ist für jeden da, der Hausbesetzungen
unterstützt oder sich über die Hausbesetzerszene informieren
will.

Für eine sinnvolle Arbeit ist unbedingt erforderlich:

- Angaben über noch leerstehende Häuser
- weiterer Platz in schon besetzten Häusern
- Spenden aller Art (Möbel, Werkzeug, Baumaterial, usw.)
- Handwerker, die uns bei der Instandbesetzung der Häuser
helfen wollen
- Informationen über alle Aktivitäten, die im Kiez laufen
- Kontakte zu Mietern und Mieterläden in Schöneberg
- sofortige Benachrichtigung über bedrohte Häuser
(Durchsuchung, Räumung, Abriß, etc.)
- Benachrichtigungen (Anrufe, Briefe, Besuche), die besetzte
Häuser erhalten, die zur Aufdeckung der Machenschaften von
Sanierungsträgern dienen
- Erfahrungsaustausch über BEWAG und GASAG, sowie Telefon
und Wasser
- Infos über Ärzte, Rechtsanwälte, Architekten etc.

Helpt mit das Informationschaos zu beseitigen!

Unser Traum ist, daß jeder jeden Tag weiß was los ist.

Also: Teilt uns alles mit

Der Laden ist geöffnet:

Mo - Fr 16 - 19 Uhr

Sa 11 - 14 Uhr

Außerdem sind folgende Treffen geplant:

- Aktiv - Wohnungssuchende-Treff
- Unterstützertreff

Genaue Termine sind im Laden zu erfragen !

INSTANDBESETZUNGEN

KLEINE ANFRAGE NR. 1786 DES ABGEORDNETEN RAINER KLEBBA (CDU) VOM 18.1. 1980 ÜBER „INSTANDBESETZUNGEN“:

1. Wie viele sogenannte Instandbesetzungen gibt es zur Zeit in Berlin und in welchen Bezirken fanden sie statt?
2. Seit wann ist die erste Instandbesetzung bekannt?
3. Wie viele der instandbesetzten Häuser sind im
 - a) städtischen Besitz,
 - b) Eigentum von Wohnungsbaugesellschaften,
 - c) privaten Eigentum?
4. Wie gedenkt der Senat auf dieses neuartige Phänomen der Wohnraumbeschaffung bzw. Wohnraumverteilung zu reagieren?

ANTWORT DES SENATS VOM 22.12.1980:

- Zu 1:** Widerrechtliche Haus- bzw. Wohnungsbesetzungen gibt es bisher überwiegend im Bezirk Kreuzberg. Es sind in ca. 20 Gebäuden etwa 100 Wohnungen besetzt.
- Zu 2:** Im März 1979 wurde das erste Haus widerrechtlich besetzt.
- Zu 3a):** In städtischem Besitz befinden sich zwei der besetzten Häuser.
- Zu 3b):** Elf besetzte Objekte gehören städtischen Wohnungsbaugesellschaften.
- Zu 3c):** Zehn Häuser gehören privaten Eigentümern.
- Zu 4:** Der Senat versucht, den ungesetzlichen Zustand möglichst kurzfristig abzubauen; es werden deshalb Gespräche mit Eigentümern und Hausbesetzern geführt, um die Beendigung der Wohnungs- bzw. Hausbesetzungen möglichst einvernehmlich und ohne Räumung durch die Polizei herbeizuführen. Der Senat hat im Bereich der Baupolitik durch eine Reihe kurzfristig wirkender Maßnahmen sichergestellt, daß Wohnraum nicht unnötig entmietet wird und mit Hilfe von Instandsetzungsmaßnahmen auch preisgünstige Altbauwohnungen für zwischenzeitliche Nutzungen zur Verfügung stehen.

Dietrich Stobbe
Reg. Bürgermeister

Harry Ristock
Senator für Bau- und Wohnungswesen



Internationale Aufbaulager für Arbeit in besetzten Häusern

Der „Christliche Friedensdienst“ will im Sommer in Berlin zwei internationale Aufbaulager für die Arbeit in besetzten Häusern einrichten. Das teilte das Berliner Sekretariat des „Christlichen Friedensdienstes“ gestern mit. Die Teilnehmer sollen bei Renovierungsarbeiten helfen, in erster Linie jedoch, persönlich dazu beitragen, „die soziale Auseinandersetzung in der Stadt gewaltfrei zu halten“.

15p 15.3 (dpa)

Bauindustrie blickt pessimistisch in die Zukunft

Herion rechnet mit Beschäftigungseinbruch — Investitionshemmnisse abbauen

Bonn (AP). Die Bauindustrie geht davon aus, daß der Rückgang der Bauproduktion in diesem Jahr stärker ausfallen wird als erwartet und daß die negative Entwicklung voraussichtlich auch noch im Jahr 1982 anhält. In dem am Mittwoch in Bonn veröffentlichten Jahresbericht für 1980 rechnet der Präsident des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, Günther Herion, mit einem Beschäftigungseinbruch von mindestens 5 Prozent im Jahr 1981. Ein Aufschwung in der zweiten Jahreshälfte sei unwahrscheinlich und die Existenz von manchen Unternehmen in Gefahr. Nach Ansicht von Herion müssten Bund, Länder und Gemeinden angesichts dieser Entwicklung „vergabereife Bauobjekte“ vorbereiten und hierfür gesonderte Planungsmittel bereitstellen. In den öffentlichen Haushalten

müßten die ursprünglich vorgesehenen Bauansätze „gerettet“ und die zurückgestellten Objekte Bestandteil eines mittelfristigen Investitionsprogramms werden. Investitionshemmnisse im Kraftwerks-, Verkehrswege- und Wohnungsbau müßten abgebaut werden.

Der Beginn einer rezessiven Phase auf dem Baumarkt habe sich im Laufe des Jahres 1980 durch eine hohe Bauleistung im Wert von über 259 Mrd. DM (plus 3,6 Prozent real) bei einer gleichzeitig rückläufigen Auftragsentwicklung abgezeichnet. Die Auftragsbestände der Baufirmen seien zum Jahresende hin beträchtlich abgebaut worden. Nach Angaben der Bauindustrie lagen sie Ende 1980 mit 38,2 Mrd. DM real um 8,1 Prozent unter dem Vorjahresendstand.

30. April 81

Betrifft: Mieterhöhungen
im Sozialen Wohnungsbau

Die BE WO GE langt zu!

Monika Nikolaus

Die Mieter der BeWoGe-Häuser in Kreuzberg zwischen Naunyn-, Mariannen- und Waldemarstraße wehren sich. Ein typisches Beispiel für die drastischen Mietsteigerungen, die auf die Mieter im „sozialen“ Wohnungsbau zukommen, zeigte sich jetzt in den Häusern der senatseigenen BeWoGe.

Ab 1977 wurden die Häuser bezogen. Einstiegs-Kaltniete damals im Sozialen Wohnungsbau: DM 4,50/qm. Da bis heute keine Schlußabrechnung von der BeWoGe und der Wohnungsbaukreditanstalt vorgelegt wurde, ist die Kaltniete noch genauso hoch. Für nächstes Jahr ist allerdings eine Steigerung um DM 0,50/qm schon festgelegt, und nach 7 Jahren (nach Einzug) DM 0,17/qm im Jahr dazu. So weit, so schlecht.

Das Schlimmste kam aber vor einigen Wochen in Form einer Mieterhöhungserklärung aufgrund gestiegener Bewirtschaftungskosten. Danach sollen gut DM 0,67/qm mehr ab 1. Juli gezahlt werden, d.h. für eine 74 qm große Wohnung DM 50,- mehr im Monat!

● Der Grund: Für Verwaltungskosten, Instandhaltungskosten und Abschreibung sind die zulässigen Pauschalen

per Gesetz schon im letzten Jahr erhöht worden.

● Außerdem sind Kosten für Wasser, Müllabfuhr, Gartenpflege etc. gestiegen. Das „Mietausfallwagnis“ darf dann auch gleich erhöht werden. Die Miete beträgt jetzt DM 7,55/qm warm.

Nach vorsichtiger Hochrechnung wird die Miete in 15 Jahren bei mehr als DM 16,-/qm liegen. Wer soll das noch bezahlen? Für 73 qm sollen jetzt schon DM 550,- aufgebracht werden. In den Häusern wohnen viele Rentner und „sozial Schwache“, die die Miete vom Sozialamt bezahlt bekommen. Letztere sind die für die BeWoGe bequemsten Mieter. Aber was passiert, wenn sie die Mieter mal wieder selber tragen müssen?

Den Mietern reicht's jetzt. Mit Unterstützung von Mieterinitiativen im Gebiet starteten sie eine Unterschriftenaktion mit den Forderungen:

● „Stop den Mietsteigerungen! / Öffentliche Förderungsmittel auch nach Bauabschluß zum Auffangen der Nebenkostensteigerungen! / Änderung der Mietpreisgestaltung für den „sozialen“ Wohnungsbau durch Änderung der Finanzierungsweise!“

Außerdem wurde auf einer Mieterversammlung, bei der ca. 80 Mietparteien anwesend waren, einstimmig beschlossen, diese Erhöhungen *nicht* zu zahlen!

In einigen Punkten zweifeln die Mieter die Berechtigung der Forderungen an, da z.B. die hohen Gartenpflegekosten darauf zurückzuführen sind, daß Zerstörungen von außerhalb in den öffentlich zugänglichen Hof zu der Verteuerung geführt haben. Eine Resolution wurde verabschiedet, in der es heißt, daß die Kosten für die Gartenpflege vom Bezirksamt übernommen werden sollen.

Ein Blockmieterrat wurde gegründet, der sich jetzt mit Hilfe des „Berliner Mietervereins“ darum kümmert, die Mieterhöhungserklärung zu überprüfen und einen Musterbrief für alle Mieter entwirft, den sie an die BeWoGe schicken können.

Offensichtlich wurde, daß es aber eine politische Forderung an den Senat sein muß, die Mieterhöhungszahlung zu verweigern. „Das Problem der Mietsteigerungen im ‚sozialen‘ Wohnungsbau muß stärker an die Öffentlichkeit gebracht werden und Druck hergestellt werden, die beschlossenen Forderungen durchzusetzen“, fordern die Kreuzberger Mieter.



7. Überlegungen zu langfristigen Aufgabenstellungen der Kirche

In der Frage nach der Gewalt und ihrer Anwendung liegt eine der Schlüsselfragen für das Verständnis und die Lösung der so weitreichenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Das hat das große allseitige Interesse an der Tagung der Ev. Akademie (Ev. Bildungswerk) zum "Auftreten von Gewalt bei sozialen Unruhen in europäischen Großstädten" vom 20. bis 22. Februar 1981 ebenso gezeigt, wie die zunehmende Behandlung dieses Themas in den Medien. Die Kammer für öffentliche Verantwortung der EKID hat 1973 eine Denkschrift zu "Gewalt und Gewaltanwendung in der Gesellschaft" herausgebracht, in der wesentliche Grundsätze zur sozial-ethischen Beurteilung dieser Phänomene entwickelt wurden. Sie haben auch heute nichts von ihrer Bedeutung eingebüßt. "Menschen können auch schon durch Gewaltandrohung, durch die Bereitstellung von stehenden Heeren, von Polizeikräften und vor allem von politischer Polizei, aber auch durch Androhung und Anwendung wirtschaftlicher Machtmittel, auch durch Entzug von Informations- und Bildungsmöglichkeiten, durch Erzeugung einer Atmosphäre von Unfreiheit, Unsicherheit und Rechtlosigkeit, mit einem Wort: durch die Struktur des gesellschaftlichen Systems im Ganzen unterdrückt werden. Diese Formen können weit schwerwiegender sein als der gewaltsame Eingriff in die Rechte des Einzelnen (These IV)" "Der Entschluß, sich gegen institutionalisierte Unterdrückung gewaltsam zur Wehr zu setzen, kann von einer christlichen Ethik, die ein Recht auf Notwehr und Nothilfe anerkennt, nicht von vornherein verurteilt werden... (These V)" (vgl. Anlage 8: Denkschrift) Diese Zitate zeigen die Aktualität der Fragestellung und die Aufgabe der Kirche, sich an diesem Dialog zu beteiligen. Als ein erster Schritt werden die Ergebnisse der o.g. Tagung dokumentiert werden, damit sie als Arbeitsmaterial innerhalb der Landeskirche, vor allem den Gemeinden, aber auch anderen Interessenten zur Verfügung stehen.

In der weiteren Diskussion muß in die Frage nach der Gewaltanwendung hinein die Frage nach dem Zusammenhang von sozialer Gerechtigkeit und innerem Frieden gebracht werden. Einen ersten Ansatz dazu hat Bischof Dr. Kruse in seinem Brief an die Berliner Gemeinden vom 23.3.81 gemacht. Es scheint aber notwendig, daß gemäß der Empfehlung dieses Briefes sich die Gemeinden und andere kirchliche Institutionen damit auseinandersetzen und daß sich auch die Provinzialsynode dazu äußert. (vgl. Anlage 9: Brief des Bischofs) Die Frage nach einer Amnestie für die an den Hausbesetzungen und den damit zusammenhängenden Unruhen* muß in den größeren Zusammenhang der Wiederherstellung eines dauerhaften Rechtsfriedens und der Beendigung der Kriminalisierung der Beteiligten gestellt werden.

*Beteiligten



Erste Renovierungsarbeiten im „Turm“ am Leuschnerdamm.

2. Hy, Juli 1980

Eine Welle von Instand(besetzungen) rollt so ganz allmählich über Berlin: hier mal ein Haus, dort mal eine Wohnung werden von Instandbesetzern bezogen, um Wohnraum zu retten.

Die neuesten Beispiele, Kreuzbergs Fichte- und Wrangelstraße, wobei das Haus in der Wrangel 56 eine Besonderheit hat: hier fand vor kurzer Zeit eine gewaltsame Räumung statt, die Instandbesetzer waren vertrieben, Fensterscheiben, Toiletten und elektrische Anlagen zerstört worden.

Inzwischen sind bereits über zehn Häuser instandbesetzt. Ein Besetzerat – K 36 – hat sich gebildet, um sich gegenseitig zu helfen und Aktionen vorzubereiten. Denn die Maßnahmen werden schärfer und gezielter. Zunehmend wird in letzter Zeit versucht, Instandbesetzer mehr oder weniger zu kriminalisie-

ren: Wasser und Strom wird verweigert – das ist dann „Stromklau“ –, die Häuser werden demoliert, „Wohnraumretter“ werden von Zivilpolizisten observiert, fotografiert und kontrolliert.

Hindernisse über Hindernisse, um an Wohnraum zu kommen, um Projektideen wie das Einrichten einer Leder-, Fahrradwerkstatt und einer Tischlerei zu verwirklichen, wie das die Leute vom „Turm“ am Leuschnerdamm vorhaben. Vor zwei Monaten schickten sie an den Bausenat ein Konzept ihres Projektes – der Bausenat wollte selbiges, um endlich zu wissen, was die Instandbesetzer vorhaben, bis heute jedoch hat sich nichts getan. Außer, daß das Konto der Instandbesetzer immer schmaler geworden ist. Wer's ein bißchen auffüllen will:

Berliner Bank, Viviane Rezzong, Konto-Nr. 076 25 64 200.



Schau, zwei Politiker.
Sie diskutieren im Fernsehen.
Quassel, quassel, quassel.
Sie sind erbitterte Gegner.
Sie haben gegensätzliche Meinungen.
Sie zeigen Entrüstung.
Sie zeigen Bestürzung.
Sie zeigen Entsetzen.
Sie zeigen Schmerz.
Sie schreien sich an.
Der Moderator will sie beruhigen.
Umsonst, umsonst, umsonst.
Es ist eine harte Auseinandersetzung.
Denn es geht um das Prinzip.
Nach der Sendung werden sie
zusammen in eine Kneipe gehen.
Und gemeinsam ein paar Gläser trinken.
Politiker sind gute Schauspieler.



30 Jahre Senatspolitik 30 Jahre Wohnungsnot – wie lange noch?

Für je 100 Haushalte stehen in Berlin 107 Wohnungen zur Verfügung — sagt die Statistik.

Ob Greis oder Baby, jedem Berliner stehen 39 m² Wohnraum zur Verfügung — sagt die Statistik.

Berlin hat pro Kopf der Bevölkerung die meisten Sozialwohnungen — sagt die Statistik. Doch suchen 60 000 eine Wohnung, sprechen viele von Wohnungsnot. Horrende Abstände werden für gute und preiswerte Wohnungen verlangt und gezahlt. Der Schwarzmarkt blüht. Aber für junge Familien, zuziehende Facharbeiter, umzugswillige Rentner bleiben die Türen zu. Wo sollen sie auch aufgehen? In den unterbelegten 50 000 Altbauwohnungen? In den über 100 000 fehlbelegten Sozialwohnungen? 30 Jahre lang staatliche Eingriffe, 30 Jahre lang marktbeherrschende staatliche Wohnungsunternehmen, ein immer enger werdendes Netz der Bürokratie.

Jetzt soll es auch in den nächsten zehn Jahren genau so weitergehen. Verkauft werden die wirkungslosen Rezepte als Neubeginn, als „Wechsel, der bereits stattgefunden hat“. Doch wie sieht es wirklich aus?

Umzugsprämien werden den Berlinern versprochen, die eine Großwohnung gegen eine kleine tauschen. 200 000 Mark, die der Senat dafür zur Verfügung stellt, reichen genau für zwölf Wohnungen aus. Und das bei 50 000 unterbelegten Altbauwohnungen. Wie hätte der Berliner Wohnungsmarkt mit den 120 Garski-Millionen belebt werden können!

Mieter sollen modernisieren, hieß es. Doch wehe, man liest das Kleingedruckte in den Senatsrichtlinien. Nur wer in einem Uralt-Haus wohnt, erhält Geld, und auch nur dann, wenn er sozialwohnungsberechtigt ist.

Dachgeschosse sollten ausgebaut werden. Zu hübschen und preiswerten Wohnungen. Die Initiative kam von Bürgern. Von der staatlichen Bürokratie wird sie kaputtgemacht. Weil Parkplätze offenbar wichtiger sind als Wohnungen. Weit über 1000 Anträge auf Ausbau wurden im ersten Schwung gestellt. Bewilligt wurden ein paar Dutzend...

Die Hausbesetzungen nehmen ständig zu. Mit Gewalt, so scheint es, kommt man schneller ans Ziel, wohnt kostenlos (auf Kosten aller Steuerzahler), erhält sogar Mietverträge. Jetzt wurde sogar schon ein Haus besetzt, in das gerade Mieter einziehen wollten. Wann werden Neubauten an der Reihe sein? Und wie geht es dann weiter?

Gutverdienende in Sozialwohnungen sollten eine Fehlbelegungsabgabe zahlen. Die Pläne lagen auf dem Tisch, wurden diskutiert. Der Senat ließ sie wieder in den Schubladen verschwinden. Zurückgestellt, hieß es. Senatoren dürfen weiterhin zum Sozial-Tarif wohnen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat gefordert, daß die Mieten die Einkommen gleichmäßig belasten sollen. Was hat der Vogel-Brunner-Senat bisher dazu unternommen? Nichts! Die Arbeiterfamilie in ihrer Hochhauswohnung im Märkischen Viertel zahlt 7 oder 8 Mark und mehr pro Quadratmeter im Monat, der Chef der Berliner Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften residiert für die Hälfte im Genossenschafts-Einfamilienhaus mit Garten im grünen Zehlendorf.

Die Zweckentfremdung soll bekämpft werden, was einen der eifrigsten Verfechter, den F.D.P.-Mann aus Tiergarten, Harald Loch, nicht daran hindert, seit fast zehn Jahren eine 8-Zimmer-Wohnung (290 m²) als Rechtsanwaltspraxis zu nutzen. Ob das unter Einheit von Theorie und Praxis zu verstehen ist?

Wir meinen, die Wohnungswirtschaft unserer Stadt braucht wieder Vernunft, keine Ideologie. Wir verurteilen den Wohnungslieferstand und die Praxis, die Sanierung unserer Stadt vor allem den großen städtischen Gesellschaften zu überlassen. Tragbare und sozial gerechte Mieten, ausreichend Wohnraum für alle sind möglich. Doch dafür ist Vertrauen notwendig und ein wirklicher Neubeginn mit dem 10. Mai.

Verband der Berliner Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümervereine e. V.

Offener Brief

Anzeige

Das Direktorium des Instituts für Soziologie der Freien Universität Berlin hat am 15.4.1981 einen offenen Brief an die politisch Verantwortlichen in Berlin verabschiedet. Wir, Dienstkräfte, Wissenschaftliche Mitarbeiter und Hochschullehrer des Instituts für Soziologie, haben uns entschlossen, diesen Brief zu veröffentlichen:

„Das Institut für Soziologie der Freien Universität Berlin ist seit einer Woche von Studenten besetzt.

In den Lehrveranstaltungen erzwingt ein großer Teil der Studenten eine gemeinsame Auseinandersetzung mit der politisch zugespitzten Situation dieser Tage in Berlin. Auf seiner Sitzung am Montag, dem 13. April 1981, ist das Direktorium von der studentischen Öffentlichkeit zu einer Stellungnahme zu diesen Ereignissen aufgefordert worden. Die Mitglieder des Direktoriums hielten diese Aufforderung für berechtigt, da viele Studenten des Instituts an den Hausbesetzungen aktiv beteiligt und von den administrativen und publizistischen Kriminalisierungsversuchen direkt betroffen sind. Ein Schweigen des Direktoriums des Instituts für Soziologie in einer solchen Situation wäre allein deswegen unverantwortlich, weil die Soziologie als Wissenschaft zu einer theoretisch begründeten Gegenwartsdiagnose immanently aufgefordert ist. Das Direktorium des Instituts sieht sich verpflichtet, den Blick auf die sozialen Bedingungen der Situation, auf politische Tendenzen und Motivationslagen zu richten, die den Sinn wissenschaftlicher Ausbildung in Zukunft gefährden könnten.

1. An die Ursachen der Wohnungsnot, die zu den Instandbesetzungen geführt haben, an die Tatsache, daß immer die gleichen Bevölkerungsgruppen, zu denen auch die Studenten gehören, betroffen sind, ist in letzter Zeit unter dem Druck der Verhältnisse häufig erinnert worden.

Statt den Spekulanten, unter denen sich gerade auch städtische Wohnungsbaugesellschaften befinden, entgegenzutreten, hat seit dem 1. Stadterneuerungsprogramm von 1963 eine verfehlte Städtebau- und Sanierungspolitik des Senats von Berlin diese noch unterstützt mit dem Resultat des teilweise unumgänglich gewordenen Abrisses ganzer Viertel ehemals preisgünstigen Wohnraums, wie es das Beispiel Kreuzberg drastisch demonstriert.

Die Beteiligungsformen, die sich im Laufe der letzten Jahrzehnte immer wieder aus der Bevölkerung heraus entwickelt haben, sind vom Senat und von Bezirksverwaltungen konsequent unterdrückt worden. Die wechselseitige Ergänzung von Senats- und Bezirkspolitik mit der Spekulantenpolitik realisierte sich immer wieder in den schließlich zu sanierenden Gebieten. Während die Bausubstanz von den Sanierungsträgern systematisch zerstört wurde, wurden die sozialen Beziehungen durch die herrschende Politik zersetzt. Die Instandbesetzungen thematisieren diesen krassen Widerspruch zwischen sozialer Wohnungsnot und demokratisch unkontrollierter Verfügung über Wohnraum. Angesichts einer seit Jahren verfehlten Stadtplanung sind sie zugleich ein praktischer Beitrag zu einer anderen Wohnungsbaupolitik. Minimale Voraussetzung einer sinnvollen Lösung ist, daß Instandbesetzungen nicht durch erzwungene Räumungen beendet, sondern als Ausgangspunkt und Teil eines in der Öffentlichkeit auszuhandelnden Konzepts einer gerechteren Wohnungsbaupolitik akzeptiert werden.

2. Die Instandbesetzungen sind deshalb als rechtfertigungsfähige Verletzung geltenden Rechts zu interpretieren. Trotz politisch anderslautender Zielsetzungen und Absichtserklärungen des Berliner Senats wird jedoch zunehmend durch Hausräumungen, Durchsuchungen und Ermittlungsverfahren das politische und administrative Arsenal einer Kriminalisierungspolitik eingesetzt. Statt sich der von der Springer-Presse massiv propagierten Kriminalisierungstimmung öffentlich und offensiv zu widersetzen, verstärkt die administrative Strategie der letzten Tage eher diese Tendenz. Um die politischen Voraussetzungen einer öffentlichen Aushandlung einer befriedigenden Wohnungsbaupolitik zu schaffen, ist ganz im Gegensatz dazu eine Generalamnestie für alle an den Instandbesetzungen Beteiligten unabdingbar.

Unseres Erachtens kann die politische Maßnahme einer Befriedungsamnestie, ein kollektiv geltender und begründeter Straferlaß als ein in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland schon mehrfach (1968, 1970) erfolgreich praktiziertes Mittel des Rechtsstaates, allein die Voraussetzungen schaffen, um die derzeitige fatale Ereigniskette zu unterbrechen.

3. Durch die Politik des Räumens bzw. Durchsuchens besetzter Häuser, vor allem durch die breite Anwendung des § 129 StGB auf Hausbesetzer, u. a. auch auf unterstützende Studenten unseres Instituts, wird von staatlicher und juristischer Seite eine Verbindung zwischen Hausbesetzungen als Folgeproblem städtischer Wohnungsbaupolitik und der politischen Reaktion auf die Forderung der hungerstreikenden RAF-Angehörigen hergestellt. Wenn also die Studenten in dieser Lage ohne viel Federlesens in einen Zusammenhang gebracht werden mit 'Terroristen' und mit 'Sympathisanten', dann erreicht man geradezu, daß sie auf einem derartigen Zusammenhang nun ihrerseits bestehen und sich mit den Hungerstreikenden als Opfer identifizieren. Um diese zu einer Spirale von Gewalt und Gegengewalt führende Verquickung zu vermeiden bzw. zu unterbrechen, muß nun endlich die inzwischen auch von einer großen Zahl von Ärzten und neuerdings wieder von amnesty international verlangte Aufhebung menschenzerstörender und -entwürdigender Haftbedingungen wie Hochsicherheits-trakte und Isolationshaft durchgeführt werden.

In diesem Sinne fordern wir die politisch Verantwortlichen in Berlin auf, statt eine weitere Eskalation der Räumungen, Durchsuchungen und Ermittlungen zu betreiben, eine politisch vernünftige Lösung der Konflikte zu finden."

Gabriele Althaus, Hochschulassistent; Sigrun Anselm, Hochschulassistent; Helmut Berking, wiss. Mitarbeiter; Helmut Bitow, Professor; Wolfgang Clemens, wiss. Mitarbeiter; Rolf Ebbinghausen, Professor; Reiner Erb, wiss. Assistent; Ushi Evers, andere Dienstkraft; Maria Franke, wiss. Assistent; Dieter Grün, Teilzeitassistent; Dietrich Graf, wiss. Mitarbeiter; Thomas Hahn, Assistent; Christine Hauser-Jabs, sonst. Dienstkraft; Axel Honneth, wiss. Assistent; Urs Jaeggi, Professor; Renate Jurik, wiss. Tutor; Dietmar Kamper, Professor; Cornelia v. Kleist, wiss. Tutor; Reiner Köble, wiss. Assistent; Michael Kreutzer, Teilzeitassistent; Rolf Lindner, Teilzeitassistent; Birgit Mahnkopf, Teilzeitassistent; Elisabeth Meyer-Reinschhausen, wiss. Mitarbeiter; Eleonore Möding, wiss. Assistent; Reinhard Ost, wiss. Mitarbeiter; Reiner Paris, Teilzeitassistent; Bernd Rabehl, Professor; Gabriele Rosenthal, wiss. Mitarbeiter; Klaus Schröder, wiss. Mitarbeiter; Wolfgang Schludermann, Assistent; Dirk Schubert, wiss. Assistent; Hermann Schwengel, Hochschulassistent; Wilfried Spohn, Hochschulassistent; Werner Süß, wiss. Mitarbeiter; Rudolf Thiessen, wiss. Assistent; Elke Tischer, sonst. Dienstkraft; Angela Zink, wiss. Tutor.

Verantwortlich: Axel Honneth, Winterfeldtstraße 56, 1000 Berlin 30

Drei Modelle für die Zukunft besetzter Häuser und Wohnungen

Besetzer diskutieren ihr Vorgehen — Senat: „Es gibt Gespräche“

Als „prinzipiell denkbar“ bezeichnete gestern Senatsdirektor Sötje in Vertretung des erkrankten Bausenators vor der Presse die drei gegenwärtig zur Diskussion stehenden Modelle, mit denen der Senat zu vertraglichen Regelungen mit Hausbesetzern kommen könnte. Nähere Angaben über ihre Realisierungschancen machte er nicht. Auf die Frage, ob es inzwischen direkte Gespräche zwischen Senatsverwaltung und Besetzern gebe, sagte Sötje nur: „Es gibt Gespräche.“ Die Hausbesetzer haben sich unterdessen noch nicht auf ein von ihnen angestrebtes einheitliches Verhalten gegenüber dem Senat geeinigt.

Zur Diskussion stehen sowohl beim Senat als auch bei den Besetzern

► eine zwischen Besetzer und Senat geschaltete Treuhandgesellschaft, mit der Verwaltungsvereinbarungen zum Beispiel über Wasserzufuhr und Müllabfuhr geregelt werden könnten,

► eine Stiftung mit einem Kuratorium, das mit sechs Besetzern, sechs Mitgliedern von Mieter- und ähnlichen Organisationen sowie sechs „Prominenten“ besetzt sein könnte, und die das Erbpachtrecht für rund 40 Häuser erhalten könnten sowie

► Einzelverträge für besetzte Häuser mit den Eigentümern, von den Besetzern als „Zwischenträgermodell“ bezeichnet.

Einer Presseerklärung des Besetzerrats zufolge, haben am vergangenen Sonntag rund 250 Besetzer (Beteiligte sprechen von wenigstens 300) bei der Diskussion über ihr weiteres Vorgehen das Stiftungsmodell nicht besprochen. Das Treuhandmodell werde dagegen „zur Zeit für zwei Blöcke konkretisiert“. Das Zwischenträgermodell „wird von der Konzept-AG für einzelne Blöcke konkretisiert“, solle aber als „Minimalschritt für alle Häuser gelten; ebenfalls vorgeschlagene „Praktische Schritte“ mit Bezug von Gas-, Wasser- und Strombezug von allen besetzten Häusern gegen Bezahlung hätten „theoretisch nicht durchgesetzt werden“ können, heißt es in der Presseerklärung. Ein Teil der Besetzer lehne es außerdem ab, gegenwärtig über Legalisierung zu diskutieren.

Der Besetzerrat hebt hervor, daß sich Gerüchte über bereits geschlossene Mietverträge oder Verhandlungen „nicht bewahrheitet“ hätten.

In Besetzerkreisen wird es für möglich gehalten, daß sich nach Abschluß der Diskussion

noch in dieser Woche konkrete Reglungen für eine gewisse Anzahl von Häusern ergeben.

Von Weizsäcker gegen Mietverträge

Der CDU-Spitzenkandidat von Weizsäcker hat sich gestern vor der Presse gegen Abschlüsse von Mietverträgen mit Hausbesetzern ausgesprochen, die er als „Legalisierung von Rechtsbrüchen“ bezeichnete. Er kündigte erneut an, ein CDU-Senat würde besetzte Häuser räumen lassen, sofern über ihre Weiterverwendung entschieden oder Strafantrag gestellt worden sei. Die Drohung der Vogel-Regierung mit neuem Aufruhr könne kein Grund dafür sein, Rechtsbrüche hinzunehmen.

Erstmals Neubau besetzt

In Berlin wurde am Sonntag zum ersten Mal ein Neubau besetzt. In den frühen Morgenstunden zog eine Gruppe in das Haus Ritterfeldamm 25 in Kladow ein. An diesem Objekt wird nach Angaben der Polizei seit drei Jahren gebaut, im Innern ist es noch nicht fertig. Die Besetzer hängten an die Fassade ein Transparent mit der Aufschrift: „Hier entsteht ein Kulturhaus“.

Nach Besetzung geräumt

Unmittelbar nach ihrer Besetzung wurde die leerstehende ehemalige Löwenbrauerei in der Neuköllner Wissmannstraße am Sonntag um 2 Uhr geräumt. Über den Notruf war eine Funkstreife alarmiert worden, die zwei weitere Funkwagen zur Verstärkung herbeirief. Während die Beamten die Eingangstür aufbrachen, warfen die frischgebackenen Besetzer von oben mit Feuerwerkskörpern. Acht Männer, sechs Frauen sowie eine als vermißt gemeldete Schülerin wurden vorläufig festgenommen. Eine Person wurde gestern dem Hafttrichter vorgeführt, die anderen wieder auf freien Fuß gesetzt.

Weitere Hausbesetzungen wurden am Wochenende aus Charlottenburg und aus Tiergarten gemeldet. 20 bis 25 Personen drangen in das unbewohnte Haus Knobelsdorffstraße 40 in Charlottenburg ein und erklärten es per Transparent für besetzt. Das Gebäude gehört der gewerkschaftseigenen „Neuen Heimat“. Etwa 40 Personen besetzten in der Nacht zum Montag eine leerstehende Fabrik in der Lützowstraße 2-6 in Tiergarten. Die Gesamtzahl ganz oder teilweise besetzter Häuser beläuft sich jetzt auf 146. (Tsp)



Schau, ein Mann.
Schau, wie er lacht.
Grins, grins, grins.
Er schüttelt die Hände.
Schüttel, schüttel, schüttel.
Er küßt die Babys.
Schmatz, schmatz, schmatz.
Was für ein freundlicher Mann!
Ist er immer so freundlich?
Nein, nur alle vier Jahre.
Damit man sich an ihn erinnert.
Damit man seine Fehler vergißt.
Damit man ihn wieder wählt.
Denn der Mann ist ein Politiker.

SCHLUSSWORT

Hausbesetzung. Das war unser selbstgewähltes Thema zu einem Urbanistikseminar im SS81 an der HdK Berlin. Wir hatten den Anspruch, über eine rein statistische Erfassung dieser Bewegung hinaus, einen Blick hinter die Kulissen zu werfen. Dabei war es uns von Anfang an klar, daß wir zum Einen an der Oberfläche bleiben würden und außerdem keinen repräsentativen Querschnitt aller 180 Häuser geben könnten.

Wir haben im Verlauf unserer Arbeit gemerkt, daß man, wenn überhaupt, Indizien für eine umfassende gesellschaftliche und kulturelle Entwicklung nur dann erkennen kann, wenn man sich sehr lange in besetzten Häusern aufhält. Da wo uns trotzdem solche Dinge auffielen, haben wir sie beschrieben, aber keine voreiligen Schlüsse gezogen. Daß wir trotz der kurzen Zeit recht viele Informationen bekamen, danken wir den Besetzern, die uns ausnahmslos offen und bereitwillig Einblick in ihr Leben gaben. Informationen, die die Häuser irgendwie hätten gefährden können, haben wir nach Rücksprache weggelassen.

So oberflächlich diese kurze Beschreibung auch sein mag, so sehen wir sie doch als Teil einer breiten Information, vor allem für die Öffentlichkeit. Daher kam auch unser Entschluß, über die normale Seminararbeit hinaus, diese Broschüre zu drucken.

Dafür danken wir dem ASTA und der Druckerei der FU.

Außerdem soll diese Arbeit als Aufruf verstanden werden, die Hausbesetzer ideell und materiell zu unterstützen, weil sie unserer Meinung nach ein Recht verteidigen, welches für alle da ist: das Recht auf menschenwürdiges Wohnen und das Recht auf selbstbestimmtes Leben und Zusammenleben.

NOCH EIN SCHLUSSWORT ZU DENEN DA DRINNEN UND MIR VON DRAUSSEN

An einem Montagmorgen findet mein erster Kontakt mit Haussetzern statt. Ich bin froh, daß Stefan schon Leute aus der "scene" kennt. Als wir an der Stahltür im zugemauerten Eingang klingeln, wird mit ganz mulmig mit meinem Schreibzeug in der Tasche. Oben guckt einer zum Fenster raus und fragt, zu wem wir wollen. Der, den wir unbedingt als Mittelsperson wollen, scheint nicht da zu sein. Man macht uns trotzdem auf. Wir stellen uns ziemlich blöd und umständlich vor, sagen was von der Seminararbeit, und gehen zusammen rauf.

Da sitzen welche beim Frühstück. Wir stellen uns wieder vor, immer noch linkisch. Ich denke, daß ich sicher saumäßig bürgerlich aussehe und hätte mich lieber etwas freakig ausstaffieren sollen oder irgendwas an mir haben, was meine Sympathie signalisiert. Wir setzen uns also an den Frühstückstisch und dann ist es gar nicht so schlimm. Die HBs sind so eine Art Befragung gewöhnt, und erzählen ihrerseits, ohne daß wir groß Fragen stellen müssen. Mein unsicheres Gefühl will aber nicht ganz weggehen, da ich mir doch reichlich voyeuristisch vorkomme. Ein Teil der Leute liest inzwischen Zeitung (nicht nur die TAZ) und unwillkürlich denke ich, daß hoffentlich keiner über irgendwelche Aktionen oder Krawalle reden möchte, die vielleicht heute Nacht waren, von denen ich aber noch nichts weiß.

Wir kriegen jede Menge Information über Organisation, Renovierungsarbeiten, Gremienarbeit der Bewegung, Durchsuchungen und Sanierungspolitik, und könnten wahrscheinlich noch stundenlang darüber reden. Ich warte immer noch auf was "persönliches". Also wie man dazu kommt ein Haus zu besetzen. Ich finde die Wohnungspolitik auch eine Riesenschweinerei, renne auch auf Demos, sympathisiere mit der Bewegung, und habe selbst auch über 1 Jahr mit anderen Leuten eine Wohnung gesucht, wohne aber immer noch in meiner alten. Im Laufe der Arbeit ist mir dann deutlicher geworden, daß man wirklich engen Kontakt zu Besetzern braucht, um das vielleicht herauszufinden.

Bei den nächsten Besuchen in Häusern ist das Gefühl von in-group-Verhalten der HBs nie ganz weggegangen. Immer waren alle freundlich und gesprächsbereit. Wir haben uns und unsere Arbeit auch immer fleißig vorgestellt, zum Schluß hin immer mehr verbunden mit Beteuerungen unserer Sympathie und dem Hinweis auf die zwangsläufige Oberflächlichkeit, der so eine Arbeit unterliegt. Die Gespräche mit Einzelnen waren immer einfacher und offener als die in der Gruppe. Manchmal saßen wir etwas dümmlich am großen Tisch, während die Leute, nachdem wir uns vorgestellt hatten, ruhig die Zeitung weiterlasen, mit Katz und Hund rumalberten und in ihrem jeweiligen Tun fortfuhren. Einschmeichlerisch habe ich die Hundesprünge auch witzige gefunden und inzwischen eine Zigarette nach der anderen gepafft.

Stefan hat in solchen Situationen einfach "können wir mal" gesagt, und dann kam auch einer. Sicherlich war das unangenehme Gefühl auf beiden Seiten da - nacher liefen die

Gespräche reichlich offen (auch wenn ich bei manchen Insider-vokabeln lieber hinterher den Stefan nach deren Bedeutung gefragt habe).

Von der Borniertheit einer Insider-Gruppe kann nicht die Rede sein. Aber es muß einem klar sein, wenn man von "außen" kommt, daß man etliche Hürden zu überwinden hat. Da ist zum einen der zugemauerte Eingang, das berechtigte Beäugen, wer du bist, woher du kommst, und was du willst, zum anderen die sog. "scene". Ich kann noch so sympathisieren, mich noch so sehr auf ihre Seite stellen bei Polizeiaktionen, aber es ist halt nicht mein Haus, mein Wohn- und Lebensraum der akut bedroht ist. Meine Entrüstung und Betroffenheit ist groß, aber es ändert nichts daran, daß ich mich nach erlebter Randalie auf mein Rad schwingen und nach Hause fahre.

Berlin, Juni 1981 Jutta und Stefan

EMPFEHLUNGEN

Wohnen in Berlin, SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses, Dez. 1980
Hausbesetzungen und Ev. Kirche in Berlin-Kreuzberg, März 81
Die Berliner Wohnungspolitik...., Klaus Duntze, Berlin Mai 81
Instandbesetzerpost, wöchentliches Organ der Bewegung
Der Rote Turm, Schülerzeitung der Schadow-Schule, Ostern 81
Stadtteilzeitungen (Cuvry-Bote, Südost-Express, Südwest-Express,
Winterfeldtplatzette)

Besonders zu empfehlen: Sondernummer Cuvry-Bote/Südost-Express:
Das Geschäft mit der Sanierung am Beispiel
Hauert und Noack.

Stadtzeitung Zitty (14tägig)

H.-J. Götz, Diplomarbeit Pädagogik: Zur Funktion von Öffentlich-
keitsarbeit in Sanierungsgebieten.
Beispiel Kreuzberg. Dez. 78

ASTA-Zeitung der FU

Berliner Mieterzeitung vom Berliner Mieterverein
Zeitung der AL, Der Stachel

Filme :

Schade, daß Beton nicht brennt, Novemberfilm 81

Die Filmgruppe hat selbst 3 Monate in einem besetzten Haus gelebt
und beschreibt dies.

Wer saniert hier wen, oder ...wenn wir nicht wollen, von Radek und Woite
über Mieterwiderstand und Selbsthilfe in Kreuzberg 1980

Demnächst ein Film aus der Winterfeldtstr. 20/22 von HdK Leuten unter
den Besetzern.

Außerdem ist die "Medienoperative" in der Pallasstr. mit Dokumentations-
material zu empfehlen.



Spendenkonto:

Postscheckkonto Berlin West,
Nr. 40 50 34 -101.

Ilse Mock, Kennwort: Selbsthilfe.

Materialtelefon & Kontakt: 65 12 52,
Mittwoch und Freitag, 15-18 Uhr
im Mieterladen Waldemarstraße 29,
1 Berlin 36.

Bauhof, Mitmachertreff:

Donnerstag, 20.30 Uhr.

Materialausgabe:

Mittwoch 10-19, Freitag 15-19 Uhr.

Materialtreffen:

Dienstag, 19 Uhr, Mariannenstraße 48
im Cafe Blockschock.



Cinema Ab 12.6.
18 + 22 Uhr
Bundesallee 111 1/41 (Friedenau)

BALI Ab 19.6.
tägl. 21 Uhr
Teltower Damm 33 1 Berlin 37

November-Film Produktion, Berlin 1981, Regie: Tim Hirsch

Alle die im Zusammenhang mit den Hausdurchsuchungen, Festnahmen und sonstige Bullenübergriffen (Knüppelungen, Kamerazerstörungen ect.) etwas beobachtet haben, bitte melden. Das gleiche gilt für die Massenverhaftungen am Abend vom Mehring Damm und Umgebung. Schreibt Gedächtnisprotokolle und bringt sie vorbei Ermittlungsausschuß, c/o Hand u. Fuß, Mehringhof, Tel. 691 60 27 20.00-22.00

WAS WOLLEN DIE INSTANDBESETZER?
Freilassung aller Gefangenen!

1. Einstellung aller Strafverfahren, die im Zusammenhang mit Hausbesetzungen stehen.
 2. Im Gesetz über Leerstand von Wohnraum muß Instandbesetzung als legales Mittel gegen den Mißbrauch von Wohnraum anerkannt werden. (Ähnlich wie etwa in England oder den Niederlanden!)
 3. Sofortige Instandbesetzung und Vermietung aller leerstehenden Häuser.
 4. Einzige Richtlinie für die Sanierung müßten die Häuserversammlungen und die Beschlüsse der Betroffenen sein, daher nur Modernisierung nach Absprache mit den Mietern.
 5. Wenn nicht anders von der Blockvertretung gewünscht, müssen die Blockkerne, besonders die Fabrikgebäude für Selbsthilfegruppen und Gewerbetreibende erhalten bleiben.
- Subventionen und Finanzierung:
Keinerlei Leerstandsgelder für Sanierungsträger!
6. Die den Sanierungsträgern aus der öffentlichen Hand zur Verfügung gestellten Gelder zur Modernisierung der Häuser soll in Zukunft Treuhändern wie z.B. Mieterläden oder Blockvertretungen zur Überwachung und Verteilung übergeben werden. Den Sanierungsträgern muß die Möglichkeit genommen werden, mit öffentlichen Geldern zu spekulieren und Gewinne damit zu machen.
 7. Selbsthilfe von Mietern und Gruppen müssen gefördert und in jedem Falle berücksichtigt werden.
 8. Eigenleistungen bei der Instandsetzung und Erhaltung von Wohnraum muß anerkannt und bei der Mietberechnung berücksichtigt werden.
 9. Bei der Kiezgestaltung muß die Bürgerbeteiligung schon bei der Planung und auch bei der Ausführung bestimmend sein.
 10. Anerkanntes Wohnrecht in den besetzten Häusern für alle Instandbesetzer.